

Ernest Mandel: Die Strategie der Übergangsforderungen

Dieser Aufsatz von Ernest Mandel wurde erstmals im Buch «Wege zur veränderten Gesellschaft – Politische Strategien», herausgegeben und eingeleitet von Hendrick Bussieck, S. Fischer-Taschenbuchverlag, 1971 publiziert und dann im Sammelband Ernest Mandel: Revolutionäre Strategien im 20. Jahrhundert. Europaverlag, Wien, München, Zürich, 1978.

Inhalt

Zur Dialektik von Produktivität, Produktionsverhältnissen und Emanzipation	1
Das Zeitalter des Imperialismus als Zeitalter struktureller Gesellschaftskrise.....	3
Zweimal Flucht nach vorn	5
Die Entfaltung der Produktivkräfte als Quelle der verschärften Krise des Spätkapitalismus	9
Weder Ökonomismus noch Voluntarismus.....	11
Die Krise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Krise der autoritären Betriebsstruktur .	14
Zwei Einwände	16
Gesamtgesellschaftliche revolutionäre Praxis	19
Die internationale Dimension	22

----- **** -----

Zur Dialektik von Produktivität, Produktionsverhältnissen und Emanzipation

Durch die ganze Geschichte der modernen Arbeiterbewegung Westeuropas zieht sich wie ein roter Faden ein praktischer Bruch zwischen Tagesforderungen und Tageskämpfen einerseits und dem Kampf um das Endziel (oder um die Eroberung der politischen Macht als Vermittlung zum Endziel) andererseits. Nur in seltenen Augenblicken, wie etwa in den Tagen der November-Revolution, der schweren Krise im Jahre 1923 in Deutschland oder den ersten Tagen und Wochen der Reaktion der spanischen Arbeiterklasse auf den faschistischen Militärputsch im Jahre 1936, fand eine bestimmte Verschmelzung zwischen beiden statt.

Gewiss waren die Tagesforderungen nicht immer rein ökonomischer Natur. Es gab grosse Kämpfe für das allgemeine Wahlrecht (inklusive Generalstreiks z. B. in Belgien und Österreich); bedeutsame Kämpfe zur Abwehr reaktionärer Angriffe auf die demokratischen Freiheiten (Generalstreik gegen den Kapp-Putsch in Deutschland, gegen die Rückkehr von Leopold III. in Belgien), ja sogar Massenbewegungen gegen Kriege oder Kriegsgefahr (man hat es heute schon vergessen: Beispiel Italien 1911 und 1912). Oder man denke an die politischen Massenstreiks in Grossbritannien gegen das geplante Antistreikgesetz der Heath-Regierung.

Aber kennzeichnend für all diese Kämpfe um Sofortforderungen ist, dass ihre Verwirklichung das Bestehen der kapitalistischen Produktionsweise nicht unmittelbar in Frage stellt. Wie stark auch der Widerstand der bürgerlichen Klasse gegen die Gewährung jener Forderungen sein möge, wie sehr die Kapitalisten auch jammern mögen, soundso viel Prozent Lohnerhöhungen bringe sie an den Rand des

Bankrotts: letzten Endes hat der Kapitalismus alle diese Kämpfe überstanden und wird sie auch weiter überstehen, weil sie nicht die beiden entscheidenden Nervenzentren der bürgerlichen Gesellschaft angreifen : die Verfügungsgewalt des Kapitals über Produktionsmittel und Arbeitskraft einerseits und den bürgerlichen Staatsapparat, die politische Macht des Kapitals andererseits.

Eine Illusion, die in der Geschichte der Klassenkämpfe der modernen Gesellschaft immer wiederkehrt, liegt darin, zu glauben, nun sei der Punkt gekommen, an dem der Kapitalismus so morsch geworden sei, dass er 10 (oder 15 oder 20) Prozent Lohnerhöhung oder eine Kürzung des Normalarbeitstages um eine weitere Stunde einfach nicht verdauen kann, und an dem deshalb der Kampf für diese Forderungen zwangsläufig zum Sturz des Kapitalismus führen muss. Die Geschichte hat immer wieder die Irrigkeit dieser Argumentation aufgedeckt. Nicht etwa, dass es keine durch Konjunktur- oder Strukturkrisen bedingte Situationen gäbe, in der tatsächlich eine bedeutsame Lohnerhöhung die letzte Substanz des Mehrwerts antasten würde (z. B. in der Zeit der grossen Weltwirtschaftskrise 1929-1932). In solchen Situationen wird die Kapitalistenklasse normalerweise jene Sofortforderung in keinem Fall zugestehen – auch bei hartem Kampf nicht (eine andere Frage ist allerdings, ob solche Situationen für den Kampf um ökonomische Sofortforderungen überhaupt günstige Bedingungen schaffen).

Erreicht aber der Kampf der Arbeiterklasse einen solchen Umfang, dass eine vorrevolutionäre, ja sogar eine revolutionäre Situation vor der Tür steht, dann wird sich die Haltung des Bürgertums gegenüber diesen Sofortforderungen schlagartig ändern. Dann wird das Bürgertum schweren Herzens vielleicht zu jeder Konzession auf dem Gebiet der Tagesforderungen bereit sein, als «kleineres Übel» verglichen mit der Gefahr, die Macht zu verlieren.

Und es kann tatsächlich sämtliche Konzessionen auf dem Gebiete der Tagesforderungen als «kleineres Übel» betrachten, weil es über zwei Mechanismen verfügt, um diese Konzessionen zu «verdauen», d.h. sie in ihrer negativen Auswirkung auf die Profitrate, auf die Verwertung des Kapitals wieder rückgängig zu machen: einmal über die tausend Hebel der vom Kapital beherrschten Wirtschaft und Wirtschaftspolitik (Preissteigerungen; Inflation ; Geldabwertung; Steigerung der Produktivität; Erhöhung der Produktion von relativem Mehrwert usw. usf.); andererseits über die Hebel des Staatsapparates, der politischen Macht, die gegebenenfalls bis zum Versuch der Zerschlagung der Arbeiterbewegung, der Atomisierung der Arbeiterklasse eingesetzt werden können, wenn es gilt, eine entscheidende Krise der Kapitalverwertung zu überwinden.

Hinter dem Dualismus «Tagesforderungen-Endziel» steckt offensichtlich eine bestimmte Diagnose der objektiven Lage und eine bestimmte Perspektive. Am deutlichsten kam dies bei der klassischen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg zum Ausdruck. Man erklärte die Konzentration auf unmittelbare Forderungen («gute Wahlergebnisse plus erfolgreiche Gewerkschaftstätigkeit») mit der doppelten Hypothese, dass die subjektiven Bedingungen für einen Sturz des Kapitalismus noch nicht reif seien, weil die «Organisation der Arbeiterklasse» noch zu schwach sei (Wahlkämpfe und Gewerkschaftstätigkeit hatten gerade die Funktion, diese Organisationsstärke zu erhöhen), und dass das System selbst «auf eine Katastrophe hintreibe», worauf man erst warten müsse, bevor man «losschlagen» könne¹. Diejenigen, die an die Katastrophe nicht mehr glaubten, weil sie von einer allmählichen Entschärfung der Gegensätze (sowohl der inneren wie der internationalen) überzeugt

¹ Als die «Katastrophe» dann tatsächlich kam (Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Ausbruch der Weltwirtschaftskrise vom Jahre 1929), entdeckte man allerdings, dass gerade sie besonders ungünstig zum «Losschlagen» sei und man erst mal tüchtig bei der «Normalisierung» der Verhältnisse mitwirken, d. h. den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus spielen müsse. Fazit: Es gibt für die Anhänger des Kautskyschen Marxismus nie Voraussetzungen für revolutionäre Initiative, weder unter «normalen» kapitalistischen Verhältnissen, noch in «Katastrophen» . . .

waren, entfernten logischerweise das «Endziel» überhaupt aus ihrem Gesichtsfeld (Bernstein). Diejenigen, die noch an die Katastrophe glaubten, begnügten sich damit, sie «abzuwarten», während inzwischen tüchtig «organisiert» wurde (Kautsky). Aber für die einen wie die anderen entsprach die Konzentration auf Tagesforderungen (auf die reformistische Tagespraxis) einer Einschätzung der Stabilität der bürgerlichen Gesellschaft, in der von kurz- oder mittelfristigen revolutionären Perspektiven nicht die Rede sein konnte.

Auch heute finden wir denselben ideologischen Hintergrund bei jenen sogenannten Kommunisten (Lenin würde sie als solche kaum anerkennen), die sich auf eine reformistische Tagespraxis beschränken (die einen – die Maoisten – bei eifriger Fortsetzung revolutionärer *Propaganda*, die jedoch von den Tagesforderungen völlig losgelöst ist; die anderen – die «offiziellen» kommunistischen Parteien – bei gleichzeitiger revisionistischer Aufgabe sogar dieser *Propaganda*). Sie gehen stillschweigend davon aus, was Breschnjew den Vertretern der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei gesagt hat: dass es fünfzig Jahre Jang keine Chance einer sozialistischen Revolution in Westeuropa geben werde ².

Die einen geben dafür eine rein ökonomische Erklärung (Fähigkeit des Monopolkapitalismus, die Krisenherde «abzubauen», Rückstand der Sowjetwirtschaft, der erst aufgeholt werden muss, usw. usf.), die anderen plädieren mit subjektiv-verklausulierten Formeln («solange es keine starke revolutionäre Partei gibt, kann es keine wirklich revolutionäre Krise geben; eine solche Partei kann erst in einem langwierigen Prozess geschaffen werden – folglich ist für eine lange Zeit keine wirklich revolutionäre Krise möglich», usw. usf.). In der Praxis läuft das bestenfalls auf eine Rückkehr zum klassischen Sozialdemokratismus von vor 1914 hinaus, schlimmstenfalls zu einer Praxis, die jener der Nachkriegssozialdemokratie ähnlicher ist (s. die Beteiligung der finnischen KP an einer Koalitionsregierung, die nach der Abwertung der Währung auf Kosten der Arbeiterklasse den Lohnstopp einführt).

Die Abwesenheit revolutionärer Perspektive oder, was zum selben Ergebnis führt, willkürlich-subjektive Definitionen von vorrevolutionären und revolutionären Krisen im imperialistischen und spätkapitalistischen Zeitalter bilden demnach die, nicht immer bewusst erkannte, objektive Grundlage, worauf der Dualismus «Tagesforderung-Endziel» beruht.

Das Zeitalter des Imperialismus als Zeitalter struktureller Gesellschaftskrise

Der revolutionäre Marxismus geht davon aus, dass seit dem imperialistischen Zeitalter – und bei Berücksichtigung des unvermeidlichen «Nachhinkens» des Bewusstseins und des gesellschaftlichen Überbaus überhaupt hinter der Entwicklung des Unterbaus spätestens seit der russischen Revolution von 1905 – dieser Dualismus den objektiven Anforderungen, die die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft selbst an die Arbeiterbewegung stellte, nicht mehr entspricht. Was Lenin das Zeitalter der «allgemeinen Krise des Kapitalismus» genannt hat, wird weder durch eine gradlinig sich verschärfende Wirtschaftskrise, noch durch ein endgültiges Ende des Wachstums der Produktivkräfte, noch durch sich beständig verschlimmerndes Masseneleid gekennzeichnet. Es wird gekennzeichnet durch einen wachsenden Widerspruch zwischen dem erreichten Entfaltungsgrad der Produktivkräfte und den sich überlebenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Dieser wachsende Widerspruch führt zu einer *wachsenden strukturellen Instabilität des Systems*, in der schwere Wirtschaftskrisen (1929, 1937), Währungskrisen (USA 1970), politische Krisen (Spanien 1936, Frankreich 1968), Militärkrisen (Frankreich: Algerienkrieg 1955-1958; USA: Vietnamkrieg seit

² Siehe u. a. Breschnjews Erklärung gegenüber der Delegation der tschechoslowakischen KP (Dubcek, Cernik und Husak) im Oktober 1968 in Moskau. (Pavel Tigrid, *La chute irresistible d'Alexandre Dubcek*, Paris 1969, S. 180.)

1966) eine scheinbar stabile Gesellschaftslage plötzlich in einen schweren allgemeingesellschaftlichen Krisenzustand schleudern können. Fällt dieser Krisenzustand mit einer steigenden Welle an Selbsttätigkeit, Selbstvertrauen, Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zusammen, so entsteht objektiv eine vorrevolutionäre Krise. Dies ist nicht immer der Fall (es war in den soeben zitierten Beispielen 1929, 1958 und 1970 nicht der Fall, wohl aber 1918, 1936 und 1968). Doch ist es unter Bedingungen zyklisch aufsteigender und absteigender Wellen von Klassenkämpfen wenigstens periodisch der Fall. Von diesem Standpunkt aus gesehen sind periodische Ausbrüche von riesigen Massenkämpfen (Massenstreiks, Generalstreiks, Generalstreiks mit Fabrikbesetzungen usw.) im Zeitalter der allgemeinen Krise des Kapitalismus unvermeidlich und weitgehend unabhängig von der Perspektive einer «schweren Wirtschaftskrise» .

Die wichtigsten dieser Wellen waren seit dem Ersten Weltkrieg in den imperialistischen Ländern: in Deutschland 1918/ 19 und 1922/23 (mit einem Zwischenspiel , dem Generalstreik gegen den Kapp-Putsch 1920); in Frankreich 1936/ 37, 1944-1948 und 1968; in Spanien 1931-1937; in Italien 1943-1948 und 1968-1970; in Grossbritannien seit 1966. Riesige Massenstreiks, die jedoch die grundlegende Stabilität der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht bedrohten, erschütterten auch die USA in den Jahren 1936/37 und 1945/46 sowie Japan anfangs der fünfziger Jahre. Es ist – nebenbei bemerkt – wichtig, zu unterstreichen, dass die Welle , die gegenwärtig über die westeuropäische Bühne läuft (10 Millionen Beteiligte am Generalstreik in Frankreich 1968; 15 Millionen Beteiligte an den verschiedenen Generalstreiks in Italien 1969/70; anlaufende Massenstreikwelle in Grossbritannien), quantitativ und in ihrer objektiven Gefährdung der bürgerlichen Gesellschaft allen vorherigen weit überlegen ist, vielleicht mit Ausnahme der objektiven Gefährdung dieser Gesellschaft in Spanien 1936, unter jedoch damals zahlenmassig viel ungünstigeren Bedingungen (damals bildete das städtische Proletariat kaum 30 Prozent der Bevölkerung Spaniens; es bildet heute in Spanien selbst über 50 Prozent und in den obengenannten Ländern mehr als 70 Prozent).

Man könnte nun, gemessen an dieser wiederentdeckten «Aktualität der Revolution» in den imperialistischen Ländern, das alte Kautskysche Schema neu auflegen und mit leichter Abänderung auf die Gegenwart anwenden. Sozialistische Strategie bestünde dann darin, sich auf solche Tageskämpfe zu konzentrieren, die diese periodischen vorrevolutionären Krisen vorbereiten (befruchten, beschleunigen, erleichtern: die Variationen sind zahllos). Da, wie bekannt, Marxisten nie geglaubt haben, man könne vorrevolutionäre oder revolutionäre Krisen herbeischaffen, produzieren, provozieren – dazu dienen bekannterweise die berüchtigten «objektiven Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise» -, löst sich diese ganze Weisheit wieder in «Abwarten» auf: während des Wartens auf die revolutionäre Krise tut man was Anderes, nämlich die altbekannte Routine: Lohnkämpfe und Wahlkämpfe und Propaganda und Erziehung und (vor allem) Organisation. Es ist unwesentlich, ob manche Neo-Kautskyaner bald diesen, bald jenen Teil dieser Summe über- oder unterbetonen, manche sogar ein Element (z. B. den Wahlkampf) vollkommen ausschalten. Im Grunde «Wartet man auf Godot» - wie die guten Karl Kautsky und Otto Bauer auf die «Endkatastrophe» (oder noch grotesker: auf den «entscheidenden Fehler des Gegners», der sich als die «entscheidende Initiative des Gegners» entpuppte) warteten.

Der entscheidende Fehler bei dieser Neuauflage des «Wartens» liegt in der Unterschätzung des subjektiven Faktors im Klassenkampf und namentlich des *Doppelcharakters* des subjektiven Faktors. Denn zu diesem gehört nicht nur die *Organisation* der Vorhut der Arbeiterklasse, sondern auch ihr *Bewusstsein*, ihr Verständnis, ihre Einsicht in die gesellschaftliche und politische Entwicklung und ihre Fähigkeit zur *politischen Kampfnitiative*. Nun ist aber bekanntlich bei breiteren Massen Bewusstsein nur sehr wenig das Produkt literarischer Propaganda und Erziehung; es wird entscheidend durch die *Erfahrung* bedingt, d. h. durch *erlebte Selbsttätigkeit*. In diesem Sinne hatte Rosa Luxemburg in ihrer Kritik an Kautsky in der Massenstreikdebatte durchaus recht (was zum Teil auch eine berechnete

Kritik an gewissen polemischen Positionen Lenins beinhaltetete , die dieser jedoch seit der Revolution von 1905 überwunden hatte): Ohne eine bestimmte Kampferfahrung der Massen vor der revolutionären Krise ist es unrealistisch, von denselben Massen revolutionäres Bewusstsein und revolutionäre Kampfinitiative während jener Krise zu erhoffen. Was die Massen während dieser Krise machen, ist mindestens zum Teil, wenn nicht zum grössten Teil, Funktion dessen, was sie vor dieser Krise gemacht haben ³.

Eine sozialistische Strategie, die von der Unvermeidlichkeit periodischer Ausbrüche grosser Massenkämpfe ausgeht – die theoretische Begründung und empirische Bestätigung dieser These scheint uns unanfechtbar –, muss sich deshalb konzentrieren auf solche Formen der Tagesagitacion, die den werktätigen Massen die notwendige Kampferfahrung und die Bewusstseinskenntnisse vermittelt, die nötig sind, damit sich revolutionäre Initiative und revolutionäres Bewusstsein an den »Bruchstellen« der objektiven Entwicklung (beim Ausbruch von Massenstreiks, beim plötzlichen Ausbruch einer grossen Finanz-, Währungs-, Militärkrise; beim Anfang einer ernsten Wirtschaftsrezession usw. usf.) so weit wie möglich entfalten. *Das ist die zentrale Funktion der Strategie von Übergangsforderungen, mit dem Kampf um die Arbeiterkontrolle als Achse.*

Wir wollen damit keineswegs die Bedeutung oder die Notwendigkeit der traditionellen Tagesforderungen in Fragen von Tarifpolitik, Arbeitszeitverkürzung, Kranken- und Sozialversicherung usw. verleugnen. Was Marx dazu vor mehr als einem Jahrhundert gesagt hat, bleibt heute genauso wahr wie damals. Sollte die Arbeiterklasse den Kampf für diese Sofortforderungen einstellen, so würde der Verkauf der Ware Arbeitskraft unter ihrem Wert die allgemeine Regel, und es würde eine Entwicklung der fortschreitenden Atomisierung und Demoralisierung der Arbeiterklasse einsetzen. Entscheidend ist hier nur, ob man sich auf diese traditionelle Routine *beschränkt* oder ob man es versteht, in den Tageskampf solche Ziele einzuschalten, die dieser erzieherischen und emanzipatorischen Rolle der qualitativen Bedürfnisse der werktätigen Massen entsprechen - sozusagen aus der objektiven Entwicklung des Spätkapitalismus selbst geboren - und die andererseits *wegen ihres unmittelbaren systemsprengenden Charakters* nicht in das kapitalistische System integrierbar sind.

Zweimal Flucht nach vorn

Als Alternativlösung für die zentrale Aufgabe der gegenwärtigen Arbeiterbewegung, die darin besteht, den alten grundlegenden Dualismus zwischen systemintegrierbaren Sofortforderungen und von den Tageskämpfen losgelöstem Endziel zu überwinden, werden gegenwärtig von einigen Sozialisten zwei von der hier vertretenen Strategie der Übergangsforderungen verschiedene Strategien vertreten, die in diesem Zusammenhang kommentiert werden sollten.

Die Hauptschwäche der Strategie der «systemüberwindenden Reformen»⁴ besteht in einem Unverständnis des *Strukturcharakters* der kapitalistischen Produktionsweise, d. h. der Unveränderlichkeit der zwei zentralen oben bereits zitierten Nervenzentren dieser

³ Hier liegt auch die Wurzel bestimmter Fehler Rosa Luxemburgs in der Organisationsfrage vor dem Ersten Weltkrieg, nämlich der Glaube, dass die Massen selbst während der Revolution genügend Erfahrungen verarbeiten können, um jene in die richtigen Bahnen zu lenken. Die Erfahrung der deutschen Revolution nach dem 9. November 1918 hat auf tragische Weise den illusionären Charakter dieses Glaubens bestätigt.

⁴ Wir haben den Aufsatz von Karsten D. Voigt zu diesem Thema nicht gelesen und beziehen uns deshalb vor allem auf die Argumentationen, wie sie von anderen Theoretikern ähnlicher Richtung bereits in schriftlicher Form vorliegen (z. B. Gilles Martinet, *La conquête des pouvoirs*. Paris 1968; Serge Mallet, *La nouvelle classe ouvrière et le socialisme*, in: *Revue internationale du socialisme*, Nr. 8. März-April 1965; z. T. auch André Gorz, *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus*, Frankfurt 1968; die Aufsätze von Trentin und italienischen »Reformkommunisten« wie Amendola usw.).

Gesellschaftsform: Produktionsverhältnisse und Staatsmacht (Staatsapparat). Beide können nicht graduell geändert werden. Sie können entweder weiterfunktionieren oder in einer schweren Gesellschaftskrise paralytisch werden. Aber wenn diese Krise nicht zu ihrer Abschaffung führt, werden sie sich aus dieser Paralyse unvermeidlich zu einer erneuten »Normalisierung« emporraffen.

Marx ist bei seinem Versuch, seine Werttheorie vereinfachend darzulegen, in dem bekannten Brief an Kugelmann davon ausgegangen, dass keine Gesellschaft überleben könne, wenn alle Produzenten aufhören würden zu arbeiten⁵. Aber Produzenten arbeiten nicht irgendwie; sie arbeiten immer unter einer bestimmten Produktionsweise, spezifischen Produktionsverhältnissen.

Wenn man anfangen würde, die bestehenden Produktionsverhältnisse aufzulösen, ohne sie sofort durch andere zu ersetzen, würde das einfach bedeuten, dass die Produktion aufhört zu funktionieren, dass die Produzenten aufhören zu arbeiten. Für längere Zeit ist dies physisch unmöglich. *Da jeder Beginn der Auflösung der bestehenden Produktionsverhältnisse die bestehende Produktionsweise funktionsunfähig macht, d. h. zum raschen Niedergang der produktiven Tätigkeit führt, gibt es beim Einsetzen einer schweren Gesellschaftskrise nur zwei Möglichkeiten: entweder rasche Aufhebung der bestehenden Produktionsweise und Einführung einer neuen; oder Rückkehr zu den «normalisierten» alten Produktionsverhältnissen.* Eine «dritte» Lösung gibt es nicht: das ist die Lehre aller revolutionären Krisen im Westen seit dem Ersten Weltkrieg.⁶

Die Befürworter der «schrittweisen Eroberung der Macht» verstehen nicht diesen rigiden Charakter der Produktionsverhältnisse in der tatsächlichen komplexen Totalität, die die modernen bürgerlichen Klassenverhältnisse darstellen. Zu glauben, man könne genauso gut die Profitbedingtheit der Investitionen «abbauen», wie man städtische Strassenbahnen einführt, den Volksschulunterricht verallgemeinert oder (mit Verlust arbeitende) Einzelzweige der Wirtschaft verstaatlicht, heisst nicht verstehen, dass unter solchen Bedingungen die Investitionstätigkeit der Unternehmer völlig aufhört, und dass die ganze kapitalistische Wirtschaft zum Stillstand kommt. Das ist der konkrete Inhalt der These, dass der Beginn der Auflösung kapitalistischer Produktionsverhältnisse die kapitalistische Produktion funktionsunfähig macht.

Wenn die Befürworter «systemüberwindender Reformen» ihren Gedanken zu Ende dächten, würden sie mit folgender Alternative konfrontiert werden: Entweder werden diese Reformen von den kapitalistischen Firmen «unter für die Arbeiterschaft besonders günstigen Kräfteverhältnissen» recht oder schlecht akzeptiert, während die kapitalistische Wirtschaft weiterhin funktioniert (oder sogar floriert: siehe Schweden); dann wäre der praktische Beweis geliefert, dass diese Reformen wohl human, liberal, fortschrittlich . . ., nicht aber »systemüberwindend« sind, denn ein System, das weiter funktioniert, ist halt nicht überwunden, und noch niemand hat das Kunststück verstanden, Kapitalisten zur Investition zu zwingen, einen hohen Beschäftigungsgrad und technischen Fortschritt zu sichern, während gleichzeitig die Profitrate auf 1 Prozent, 0,5 Prozent oder sogar auf 0 Prozent gesunken ist. – Oder aber die Kapitalisten akzeptieren die »systemüberwindenden Reformen« nicht, weil sie tatsächlich die Verwertung des Kapitals zu «überwinden» drohen. Dann werden Kapitalflucht, Investitionsstreik, Massenentlassungen, Währungsspekulationen, galoppierende Inflation usw. usf. in grossem Stil einsetzen, d. h. dann ist tatsächlich der «systemüberwindende» Charakter der Reformen dadurch bewiesen, dass das System zu funktionieren aufhört. Aber keine

⁵ Brief von Karl Marx an Ludwig Kugelmann vom 11. Juli 1868, MEW. Bd. 32. S. 552. Berlin 1965.

⁶ Dies gilt selbstverständlich nicht für die Länder der sogenannten «Dritten Welt», weil dort die revolutionäre Krise auch nach einer Niederlage der Massen fort dauern kann, gerade wegen der Unfähigkeit, «normale» kapitalistische Produktionsverhältnisse zu restaurieren bzw. einzuführen.

moderne Industrienation kann lange bei dahinsiechender Produktion, rapid anwachsender Arbeitslosigkeit, fortschreitender Vergeudung der Reserven an Gütern und stagnierendem technischem Fortschritt weiterbestehen. Die Regierung, die unter den «besonders günstigen Kräfteverhältnissen» angefangen hatte, diese tatsächlich «systemüberwindenden Reformen» einzuführen, wäre dann vor die Wahl gestellt, entweder selbst an die Stelle der «streikenden Kapitalisten» zu treten bzw. die Arbeiterklasse an die Stelle dieser Kapitalisten treten zu lassen, d. h. die Wirtschaft zu sozialisieren und das funktionsunfähige kapitalistische Wirtschaftssystem durch ein funktionierendes sozialisiertes zu ersetzen⁷, oder, um die Kapitalisten zu »überzeugen«, die Wirtschaft wieder funktionieren zu lassen, vor ihnen zu kapitulieren, d. h. den «systemüberwindenden» Charakter ihrer Reformen wieder rückgängig zu machen.

Wir wissen, dass dies keineswegs eine rein theoretische Konstruktion darstellt, sondern dass viele sozialdemokratische Regierungen oder Regierungen unter sozialdemokratischer Führung vor eben dieser Wahl standen (etwa im Jahr 1919 in Deutschland, 1936 in Frankreich, 1945 in Italien, 1950 in Grossbritannien, 1965 wiederum in Grossbritannien), und wir wissen ebenfalls, wie sie ausnahmslos reagiert haben. Und wir wissen auch, dass der bürgerliche Charakter des Staatsapparats (Ministerialbeamte; höhere Kreise des Zentralbankensystems; Repressionsapparat, alle aufs engste mit herrschenden Schichten des Grosskapitals, manchmal sogar in Personalunion, verflochten) keine unwichtige Rolle spielt, um die Genossen Reformer davon zu überzeugen, dass die «überaus günstigen Kräfteverhältnisse» (etwa nicht nur 50,1 Prozent der Wählerstimmen, sondern sogar 52 Prozent, oder, wer weiss, vielleicht sogar 55 Prozent!) bei näherer Betrachtung gar nicht so günstig sind, wie sie schienen . . .

Wir nannten die Strategie der «systemüberwindenden Reformen» eine Strategie der Flucht nach vorn, weil sie von der unrealistischen Hypothese ausgeht, man könne den Sozialismus sozusagen «Stadt für Stadt», «Amt für Amt» und «Betrieb für Betrieb» aufbauen, ohne vorher die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und den bürgerlichen Staat in ihrer Gesamtheit abgeschafft zu haben. Denselben Charakter einer «Flucht nach vorn» hat die heute in französischen linkskatholischen Kreisen verbreitete Theorie einer «sofortigen» Einführung der «Selbstverwaltung» in den Betrieben (von Arbeiterselbstverwaltung ist dabei allerdings weniger die Rede), ohne Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer Gesamtheit und des sie verteidigenden kapitalistischen Staatsapparats⁸. Dass dabei bestenfalls selbständige Produktionsgenossenschaften herauskommen, die gezwungen sind, auf einem kapitalistischen Markt mit kapitalistischen Betrieben kapitalistische Konkurrenz zu treiben und bei Strafe des eigenen Untergangs dann kapitalistische Rationalisierung, kapitalistische Fliessbandbeschleunigung, kapitalistische «Kosteneinsparung» und kapitalistische Entlassungen einführen müssen – das hatte Marx dem guten Proudhon bereits vor mehr als 125 Jahren vorausgesagt, und das hat sich seit damals auch immer wieder bestätigt. Von einem unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und von einer wirklichen Assoziation aller Produzenten – diese beiden Hauptbedingungen einer tatsächlichen sozialistischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft nach Karl Marx – kann dabei nicht die Rede sein. Es herrschen weiter

⁷ Wir sagen sozialisiertes und nicht sozialistisches, weil für uns Sozialismus nicht nur Vergesellschaftung der Produktionsmittel zur Vorbedingung hat, sondern auch einen Entwicklungsgrad der Produktivkräfte, der ein Absterben der Waren - und Geldwirtschaft ermöglicht. Was wir unmittelbar nach der Machtergreifung durch die Arbeiterklasse und nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel haben, ist nicht eine sozialistische Gesellschaft, sondern eine Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Eine sozialistische - d. h. tatsächlich klassenlose - Gesellschaft gibt es noch nirgendwo auf der Welt.

⁸ Siehe in diesem Zusammenhang das soeben erschienene Werk von Daniel Chauvery, *L'Auto-Gestion*, Paris 1970. - In der BRD werden ähnliche Gedanken u. a. auch von Syndikalisten wie Gunther Hillmann (siehe seine Einführung zur Anthologie «Die Befreiung der Arbeit». Reinbek bei Hamburg 1970) geäußert.

freie Konkurrenz und Privatarbeit, d.h. verallgemeinerte Warenproduktion, mit ihrem entzückend «humanistischen» Motiv: *homo homini lupus*. Den Charakter einer «Flucht nach vorn» hat auch die von den italienischen Spontaneisten der Gruppe «Lotta Continua» vorgeschlagene Strategie, nicht nur «Betrieb für Betrieb» zu erobern, sondern sich auch zu weigern, Miete und Steuern zu bezahlen, dazu überzugehen, Grünflächen für die Kinder zu besetzen usw. Genauso wie die Linksreformisten gehen diese Genossen von der Illusion der «schrittweisen» Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft aus, d. h. vom Unverständnis des *Strukturcharakters* der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und des bürgerlichen Staates.

Denselben Charakter der «Flucht nach vorn» hat der Versuch der italienischen «Manifesto»-Gruppe, die Forderungen der *kommunistischen Phase* der nachkapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung, namentlich die Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen Hand- und Geistesarbeit, zu einer zentralen *Tagesforderung* zu machen⁹. Wird diese Forderung ernst genommen und tatsächlich zum unmittelbaren Kampfobjekt gemacht, dann führt sie entweder zur reinen Utopie (es ist einfach unmöglich, von heute auf morgen, ohne vorhergehende Umwälzung des gesamten Schul- und Arbeitssystems, bei der bestehenden Technik, unmittelbar nach der sozialistischen Revolution die Arbeitsteilung völlig aufzuheben, von einer solchen Aufhebung unter dem Kapitalismus in Einzelbetrieben ganz zu schweigen), oder sie ist einfach Ideologie, d.h. letzten Endes Volksbetrug. (Dadurch, dass, wie in den chinesischen Betrieben nach der Kulturrevolution, Verwalter und Techniker «einen Tag in der Woche» in der direkten Produktion arbeiten, während «Handarbeiter sich an der Verwaltung beteiligen (!)», wird die Arbeitsteilung zwischen Hand- und Geistesarbeitern, zwischen Produzenten und Verwaltern nicht nur nicht aufgehoben, sondern bestätigt und gefestigt. Höchstens wird sie den Produzenten mehr *verhüllt* als vorher. Aber bekanntlich glauben Marxisten nicht, dass es möglich ist, gesellschaftliche Erscheinungen dadurch abzuschaffen, dass man sie «wegdenkt», während sie in der bösen Welt, wo sich die Dinge hart im Raume stossen, schön säuberlich weiter fortbestehen.)

Hat sie dagegen nur propagandistisch-erzieherischen Charakter, so ist ihr eine gewisse Nützlichkeit nicht abzusprechen, weil sie die Öffentlichkeit (und an erster Stelle die Arbeiterklasse) aufmerksam macht auf die riesigen emanzipatorischen *Potenzen*, die im heutigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte verborgen liegen. Aber das damit erwachende Bewusstsein, das erwachende *Bedürfnis*, lösen das oben formulierte zentrale Problem des subjektiven Faktors an und für sich noch nicht. Es kann höchstens zu dieser Lösung *beitragen*, wenn es einem Programm von Übergangsforderungen einverleibt ist, d. h. von dem gesamten Komplex der die werktätigen Massen beschäftigenden Wirtschafts- und Gesellschaftsprobleme ausgeht und deshalb diese Massen nicht nur aufrüttelt, sondern periodisch auch grosse Massenkämpfe auslösen muss. Aber gerade ein solches komplexes und zusammenhängendes Programm von Übergangslösungen fehlt der programmatischen Erklärung der italienischen «Manifesto»-Gruppe. Wird unter solchen Bedingungen der Slogan «Kommunismus sofort!» propagandistisch-erzieherisch verwendet (und auf diesen Slogan läuft schliesslich die Forderung nach der Aufhebung des Unterschieds zwischen Hand- und Geistesarbeit hinaus), dann lässt er die zentrale Aufgabe ungelöst, denn dann ist er keineswegs Anleitung zu systemsprengenden Massenaktionen der Arbeiterschaft. Um *diese* Lösung wird es nie zu einem Generalstreik, nie zur Bildung von Arbeiterräten in einem Land (geschweige denn auf einem Kontinent!), nie zur Eroberung der politischen Macht, nie zur Verwandlung kapitalistischer in sozialisierte Produktionsverhältnisse kommen.

⁹ Siehe die in deutscher Sprache beim Merve-Verlag, Berlin 1971, erschienene Plattform der «Manifesto»-Gruppe.

Die Entfaltung der Produktivkräfte als Quelle der verschärften Krise des Spätkapitalismus

Allerdings steckt in der Argumentation, die die Gruppe *II Manifesto* zu dieser typischen «Flucht nach vorn» verleitet hat, ein Körnchen Wahrheit. Heute weiterhin eine sozialistische Strategie in denselben Begriffen und mit denselben Losungen zu konzipieren, die in den zwanziger und dreissiger Jahren als zentral galten, heisst dem offensichtlich Neuen, das sich aus dem Wachstum der Produktivkräfte während der letzten 20 Jahre herausgeschält hat, resolut den Rücken zukehren und einen für Marxisten unwürdigen Konservatismus an den Tag legen.

Nichts unterstreicht die Systemkrise der spätkapitalistischen Gesellschaftsordnung stärker als die Tatsache, dass unter den für den Kapitalismus scheinbar «günstigen» Bedingungen von beschleunigtem Wirtschaftswachstum und gemilderten Überproduktionskrisen (die für die erste Periode nach dem Zweiten Weltkrieg nachweisbar sind) sich diese Gesellschaftskrise nicht nur nicht «entschärft», sondern sogar verschärft hat¹⁰. Während man die grossen Arbeiterkämpfe in Westeuropa nach dem Ersten Weltkrieg und in den dreissiger Jahren noch teilweise als explosive Reaktionen auf das Elend, den Hunger, die Unterdrückung, Krieg, Massenerwerbslosigkeit und Faschismus darstellen konnte, ist dies für die riesige Welle von Massenstreiks, die seit dem französischen Mai 1968 über Europa rollt, schlechterdings unmöglich. Diese Welle kommt nicht nach einer langen Phase stagnierenden oder rückläufigen Reallohns und Lebensstandards, sondern nach einer Phase beinahe ununterbrochen wachsenden Reallohns, der zum Teil den Lebensstandard rascher gesteigert hat als je zuvor in der Geschichte.¹¹

Das ist ja gerade das für die Herrschaft des Kapitals besonders Ominöse an dieser Massenstreikwelle: Wenn die werktätigen Massen bereits so energisch und kämpferisch reagieren unter für die kapitalistische Wirtschaft noch relativ «stabilen» und «günstigen» Bedingungen, wie werden dann erst ihre Reaktionen sein, wenn diese Konjunktur umschlägt, wenn der Reallohn zu stagnieren beginnt oder rückläufig wird, wenn Massenerwerbslosigkeit erneut dauerhaft auftritt!

Weit davon entfernt, irgendeine besondere historische «Lebensfähigkeit» der kapitalistischen Produktionsweise zum Ausdruck zu bringen, hat die jüngste Entfaltung der Produktivkräfte den Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen nur noch bedeutsam verschärft. Wir können die beiden Seiten dieses Prozesses auf dem Gebiet der objektiven Entwicklung und der subjektiven Bedürfnisse erfassen.

Seit Tausenden von Jahren vollzieht sich die Wirtschaftsgeschichte der Menschheit im Wechselspiel dialektischer Widersprüche und der Einheit von Gegensätzen. Einerseits ist jeder Fortschritt der Arbeitsproduktivität von einer wachsenden Arbeitsteilung begleitet (und zum Grossteil durch sie bedingt: Herausbildung der Bewässerungstechnik in der Landwirtschaft; Herausbildung des selbständigen Handwerks, das zum Schmied, d.h. zur Benutzung der Metalle als Arbeitswerkzeuge

¹⁰ Dies entspricht, nebenbei gesagt, der allgemeinen historischen Erfahrung. Weder der grossen Französischen Revolution von 1789 noch der russischen Oktoberrevolution von 1917 sind Perioden von 20 bis 30 Jahren der Stagnation, sondern umgekehrt Perioden der stürmischen Expansion der Produktivkräfte vorangegangen.

¹¹ Dies ist natürlich nur für eine bestimmte «lange Welle» der Fall. Wir bestreiten keineswegs, dass z.B. in Frankreich wachsende Erwerbslosigkeit (vor allem in der Jugend, und in ziemlich beschränktem Umfange) oder sinkende Zuwachsraten der Reallöhne eine «Auslösewirkung» für den Generalstreik vom Mai 1968 gehabt haben. Seit vier Jahren hat auch der Durchschnittsreallohn der amerikanischen Arbeiter überhaupt zu wachsen aufgehört. Wie wir es bereits im Jahre 1964 voraussagten, hat sich die langfristige Wirtschaftsexpansion des Spätkapitalismus in den imperialistischen Ländern in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre andauernd verlangsamt. Während wir diesen Aufsatz schreiben, ist die Zahl der Erwerbslosen in den sieben wichtigsten imperialistischen Ländern auf 10 Millionen gestiegen.

führt; Entstehung des selbständigen Fernhandels; technischer Fortschritt, bedingt durch die Anwendung der Wasserkraft als produktive Energie im Handwerk; industrielle Revolution). Andererseits: je mehr die Arbeitsteilung wächst, je höher die Arbeitsproduktivität und je breiter das durch sie bedingte Feld der materiellen Bedürfnisse, umso mehr wächst die gegenseitige Abhängigkeit und die mit ihr verbundene objektive Kooperation der Individuen im Wirtschaftsleben. Einerseits zerreiht die wachsende Arbeitsteilung das gesellschaftliche Gesamtarbeitsvermögen in unzählige voneinander getrennt betriebene Privatarbeiten; andererseits steuert die wachsende Verflechtung des Wirtschaftslebens in einem immer breiteren Raum der objektiven Vergesellschaftung der Arbeit zu. In der kapitalistischen Produktionsweise kommen beide Pole dieser dialektischen Einheit zu ihrer stärksten Entfaltung und zu ihrem schärfsten Widerspruch. Der Produzent wird zu einem Unterteil der Maschine degradiert; aber die Arbeit wird gleichzeitig nicht nur national, sondern sogar international objektiv gesehen mehr und mehr vergesellschaftet.

Es gibt nur zwei grundlegend verschiedene Mechanismen, um diese wachsende Kluft zwischen fortschreitender Arbeitsteilung und gleichzeitig immer notwendiger werdender Kooperation in der Arbeit wenigstens teilweise zu überbrücken: entweder durch bewusste Lenkung *a priori* oder durch spontane Marktgesetze *a posteriori*. Im ersten Fall wird der private Charakter der Arbeit trotz bestehender Arbeitsteilung aufgehoben (oder noch nicht entfaltet: dies in primitiven Gemeinschaften), dadurch, dass die Arbeit unmittelbar gesellschaftlichen Charakter erhält (oder behält). Der Einzelne erhält sein Recht auf einen Anteil am gesellschaftlichen Konsumfonds, unabhängig von seiner individuellen Leistung; die Verteilung der Wirtschaftsressourcen auf verschiedene Wirtschaftszweige erfolgt in Funktion von vorher bestimmten gesellschaftlichen Kriterien und nicht in Funktion der relativen «Ergiebigkeit» jedes Zweiges. Im zweiten Fall wird der Privatcharakter der Arbeit durch das Privateigentum an den erzeugten Produkten (später: an den Produktionsmitteln, noch später am Kapital) bestätigt und sein Widerspruch zur objektiv notwendigen gesellschaftlichen Kooperation durch einen gemeinsamen Nexus, den Tauschwert (die Warenform der Produktion), hergestellt. Das Wertgesetz verteilt die Wirtschaftsressourcen unter den verschiedenen Wirtschaftszweigen «hinter dem Rücken der Produzenten», über den Umweg des Marktes, der «kaufkräftigen Nachfrage» und im Kapitalismus der Schwankungen der Profitrate (d.h. der Abweichungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen von der durchschnittlichen Profitrate). Was einen Schein wirtschaftlicher Rationalität behält, solange die Gesellschaft relativ arm, die Produktivkräfte relativ unentwickelt, die noch zu entfaltenden industriellen und menschlichen Potenzen beinahe unbeschränkt sind, wird offensichtlich irrational in einem Zeitalter wachsenden gesellschaftlichen Überflusses, hohen Entwicklungsgrades der Produktivkräfte und marginal bereits stattfindender Ausschaltung der lebendigen Arbeit aus dem Produktionsprozess (dem Zeitalter einsetzender Automation). Dass es heute nicht nur irrational und sinnlos, sondern geradezu gefährlich für das Fortbestehen der Zivilisation, wenn nicht für das physische Überleben der Menschheit ist, «freien Kauf und Verkauf» von Atombomben, «freie Verarbeitung» «schädlicher Produkte in Lebensmitteln, «freie Initiative» in der Produktion von Automobilen, «freie» Verschmutzung von Luft, Wasser und Ozeanen zu gestatten, d.h. die «Wiedervereinigung» von Privatarbeit und gesellschaftlicher Gesamtarbeit *a posteriori* über den Umweg der Marktgesetze und des individuellen Rentabilitätswangs von Einzelfirmen zu verwirklichen, das weiss wenigstens für diese «Sonderfälle» inzwischen jedes Kind. Aber handelt es sich wirklich nur um Sonderfälle?

Mit dem weiteren Wachstum der Produktivkräfte bei Fortbestehen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, d.h. des Kapitalverwertungszwanges, nimmt die Vergeudung materieller und menschlicher Ressourcen auch in Friedenszeiten, auch ausserhalb der «eigentlichen» Waffenproduktion, ungekannten Umfang an. Vom Standpunkt der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung aus gesehen ist die Produktion des zweiten und dritten Autos für den

Durchschnittshaushalt, die Produktion des zweiten Eisschranks, des «elektrischen Messers» und der «elektrischen Schuhbürste» (die kaum noch individuelle Arbeitsminuten, höchsten Arbeitssekunden einsparen) genauso sinnlos und genauso eine Verschwendung wie die Trinkgelage und die Orgien des römischen Adels in der Epoche von Tiberius bis Diokletian, oder wie gleichartige Exzesse des französischen Adels unter Ludwig XV. und Ludwig XVI. Dies vor allem, während gleichzeitig Millionen (vor allem in der «Dritten Welt») verlorener Menschenleben durch einen Bruchteil dieser Ressourcen gerettet werden könnten, während gleichzeitig Millionen von Jugendlichen in der Welt nicht die nötige Ausbildung erhalten, die sie auf den optimalen Stand der modernen Wissenschaft und Technik bringen könnte, weil es an solchen Ressourcen fehlt (und weil das System fürchtet, ein allzu zahlreiches und ausgebildetes akademisches Proletariat zu erzeugen). Die Entwicklung der Produktivkräfte bedingt, dass die entscheidende gesellschaftliche Spannung, die die werktätigen Massen zum revolutionären Handeln treibt – und die in erster Linie durch die Jugend artikuliert wird –, *nicht mehr die Spannung ist zwischen dem, was ist, und dem, was war, sondern zwischen dem, was ist, und dem, was möglich wird*. Nicht zufällig tauchte im französischen Mai zum ersten Mal in der Geschichte der politischen Kämpfe die Losung auf: «L'imagination au pouvoir!» (Alle Macht der Phantasie!) Diese Losung ist nicht ein Produkt utopischer Hitzköpfe. Sie ist ein Produkt der spätkapitalistischen Technik und Produktion selbst. Die wachsende Sättigung rationaler Bedürfnisse führt die Marktwirtschaft *ad absurdum*. Sie führt zwangsläufig zur Infragestellung und dann zur Sprengung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, lange bevor ein Stadium allgemeiner Sättigung erreicht wird ¹²

Weder Ökonomismus noch Voluntarismus

Unter diesen Bedingungen kommt in der radikalisierten Intelligenz des Westens jene Diskussion wieder auf, die in den nachkapitalistischen Gesellschaften des Ostens eine bedeutsame Rolle gespielt hat: die Frage nach den spezifisch-kausalen Zusammenhängen und Wechselwirkungen der Kette «Produktionsverhältnisse – Produktivkräfte – Bewusstsein».

Für die einen ist der Faktor «Produktivkräfte» entscheidend; Roger Garaudy repräsentiert die «optimistischere» Variante dieser Ansicht, Herbert Marcuse die pessimistischere. Der erste glaubt an eine mehr oder weniger «automatische» Umgestaltung der Produktionsverhältnisse in der Funktion veränderter Produktivkräfte («technisch-wissenschaftliche Revolution»); der andere glaubt an die unvermeidliche Versklavung des Arbeiters (des Menschen überhaupt, mit Ausnahme einer marginalen Minderheit) infolge einer bestimmten Form der Maschinerie und des wirtschaftlichen «Automatismus» (im doppelten Sinne des Wortes) ¹³. Das Bewusstsein erscheint bei beiden als mehr

¹² Schlagendstes Beispiel ist die Landwirtschaft der meisten imperialistischen Staaten, wo mit Subventionen die Produktion künstlich eingeschränkt wird und die nicht weniger künstliche Verteuerung der Waren zu einer noch stärkeren Einschränkung des Konsums führt, als dies ohnehin durch die steigende Sättigung der Fall wäre. Im Weltmassstab gesehen, ist die massenhafte Vernichtung von Lebensmitteln - inkl. des Zwangs, ca. 200.000 Kühe in der EWG zu vernichten - ein riesiger Skandal angesichts des Hungers in der sog. Dritten Welt. Das absurdeste Resultat ist wohl, dass der einzig «rationale» Zweck dieser ganzen Politik nicht erreicht wird, nämlich den Bauern ein «gerechtes» Einkommen zu sichern. Es wäre offensichtlich rationaler und wahrscheinlich sogar billiger, die Marktbeziehungen völlig auszuschalten, d.h. (!) den Landwirten ein gesichertes Jahreseinkommen zu gewähren, unabhängig von der finanziellen Rentabilität «ihres» Gutes (z.B. an gewisse physische Ertragsnormen gebunden); (2) die Lebensmittelpreise radikal auf Weltmarktniveau herabzusetzen; (3) die nicht verkaufbaren Produktionsquanten kostenlos an die Hungernden in der Dritten Welt zu verteilen. Aber die Verteidiger des Dogmas der «freien Marktwirtschaft» sehen die materiellen Gesamtinteressen des Kapitals zu sehr gefährdet, um solche Vorschläge auch nur auf ihre «gesamtwirtschaftliche Rentabilität» zu untersuchen.

¹³ Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*. Neuwied und Berlin 1967; Roger Garaudy, *Le grand tournant du socialisme*; deutsch: *Die grosse Wende des Sozialismus*, Wien-München-Zürich 1970.

oder weniger unmittelbar durch die Produktionsverhältnisse determiniert, bei Garaudy in dem Sinne, dass sich die «im Schosse der alten Gesellschaftsordnung entfaltenden neuen Produktivkräfte» mehr oder weniger automatisch das ihr adäquate Bewusstsein schaffen, bei Marcuse in dem Sinne, dass das Bewusstsein mehr oder weniger dazu verurteilt ist, durch die alten Produktionsverhältnisse manipuliert, integriert und zersetzt zu werden.

Andere wiederum (vor allem die sog. «Spontaneisten» und ein Teil der Maoisten) autonomisieren gerade unter den Verhältnissen der dritten technologischen Revolution den Faktor Bewusstsein auf beinahe absolute Weise. Da der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sich so unerhört verschärft hat, so argumentieren sie, ist der revolutionären Initiative, dem revolutionären Willen praktisch alles möglich. Man kann an irgendeinem beliebigen Punkt - z.B. bei den Freiräumen, z.B. durch Konsumverweigerung, z.B. durch individuelles «Sichausleben in kollektiver Freude» - das System aus den Angeln heben. Ist bei den *Hippies* diese Haltung noch harmlos, weil ohne gesamtgesellschaftliche Auswirkung, so wird sie direkt schädlich, wo sie den Versuch unternimmt, systemsprengende Formen der Arbeiterkämpfe und Arbeiterorganisation in den Betrieben mit voluntaristischen Formeln zu verhindern. «Weg mit den Delegierten; lasst uns alle Delegierte sein!», riefen die italienischen Spontaneisten auf dem Höhepunkt der Streikwelle.

Die einzige Folge war natürlich nicht, dass alle Arbeiter permanent als «Delegierte» handelten; das können sie unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen einfach nicht. Die Folge war, dass die Gewerkschaftsbürokratie, die traditionellen Parteien, die Unternehmer und der Staatsapparat die Lage viel leichter und rascher «normalisieren» konnten als dort, wo die Arbeiter es verstanden hatten, permanente Anfechtungsorgane (d.h. im Keim: Doppelherrschaftsorgane) zu errichten.

In beiden Richtungen steckt ein Teil Wahrheit, d.h. aber, beide haben völlig unrecht, weil sie zwei Aspekte einer einheitlichen Wirklichkeit willkürlich auseinanderreißen und daher nur ein verzerrtes Bild dieser Wirklichkeit liefern.

Es stimmt, dass bei der ständig zunehmenden Spannung zwischen wachsenden Produktivkräften und eingefrorenen Produktionsverhältnissen diese letzteren je länger, um so mehr unterminiert werden und sich schlagartig - wie beim französischen Mai - ihre ganze Morschheit zeigen kann. Sozusagen «mit einem Schlag», «aus heiterem Himmel» zeigten 10 Millionen französische Arbeiter dadurch, dass sie spontan die Betriebe besetzten, ihre objektive Tendenz, den kapitalistischen Unternehmer, d.h. die kapitalistischen Produktionsverhältnisse auszuschalten. Aber Unternehmer, Privateigentum an Produktionsmitteln, Warencharakter der Arbeitskraft, verallgemeinerte Marktwirtschaft, Kommandogewalt des Kapitals über die Arbeit: alle diese Merkmale der kapitalistischen Produktionsverhältnisse verschwinden weder automatisch noch von selbst. Man muss sie abschaffen, d.h. durch andere Produktionsverhältnisse ersetzen, also eine soziale Revolution verwirklichen und der bürgerlichen Klasse die Staatsmacht und die Wirtschaftsmacht entreißen. Geschieht dies nicht, dann kehrt nach einiger Zeit - trotz technisch-wissenschaftlicher Revolution, trotz wachsendem Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen - alles wieder zum alten Trott zurück.

Die bewusste Tat, der bewusst gelenkte und geplante «qualitative Sprung» am Höhepunkt der verallgemeinerten Massenaktion, ist also nicht nur unentbehrlich, sondern entscheidend. Fehlt diese Tat, so werden auch die «günstigsten objektiven Bedingungen» vergeudet; in diesem Punkt haben die «Voluntaristen» und «Subjektivisten» durchaus recht, und sie können zahlreiche Kronzeugen

zitieren.¹⁴ Der lapidare Satz der Kubaner: «Die Pflicht aller Revolutionäre ist es, die Revolution zu machen» bleibt auch heute der Weisheit letzter Schluss. Nur unverbesserliche Fatalisten können glauben, dass die «Wühlarbeit der objektiven Entwicklung» auf die Dauer revolutionäre Initiative völlig ersetzen kann.

Nur handelt es sich darum, festzustellen, welche Tat von wem und wann eine erfolgreiche soziale Revolution in einem hochentwickelten Industrieland ermöglicht. Alle diejenigen, die diese Aufgabe irgendwelchen Randgruppen zuschreiben, vergessen, dass diese Randgruppen nicht die objektive Macht besitzen, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufzuheben. Indem die guten Anarchisten und ihre Nachfahren, die *Hippies* aller Art, «anstatt auf die Revolution zu warten, sie jeden Tag selbst für sich verwirklichen», schaffen sie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse keineswegs ab. Auch eine Million Hippies, die sich «aus der Konsumgesellschaft» in die Subkultur zurückziehen, haben das Ziel, dazu zu kommen, dass die Arbeiter nicht mehr gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, nicht um einen Millimeter näher gebracht. Sie haben höchstens eine «Nebengesellschaft» gebildet, sozusagen in den Poren der bestehenden, nicht aufgehobenen kapitalistischen Ausbeutung, eine Nebengesellschaft, die dazu noch zum grössten Teil von den Abfallprodukten dieser Ausbeutung lebt. Nicht auf die Befreiung einzelner kommt es an, sondern auf die Befreiung aller. *Die Emanzipation des gesellschaftlichen Individuums kann eben nur die Emanzipation sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen sein*, nicht der Rückzug aus der Gesellschaft.

Deshalb sind alle Experimente, die Emanzipation bei Randgruppen ansetzen zu lassen für dieses Ziel steril, wie sympathisch sie auch sein mögen (die Fähigkeit der Studenten und der revolutionären Intelligenz, eine *Auslöserrolle* bei revolutionären Krisen zu spielen, entspricht gerade der Tatsache, dass diese gesellschaftliche Gruppe im Zuge der dritten technologischen Revolution. im Rahmen des Spätkapitalismus ihren Charakter als Randgruppe tendenziell verliert). Nur jene Gesellschaftsklasse, die fähig ist, erstens die kapitalistischen Produktionsverhältnisse tatsächlich aufzuheben und zweitens sie im Produktionsprozess und Wirtschaftsleben durch fortschrittlichere Produktionsverhältnisse zu ersetzen, kann das entscheidende revolutionäre Subjekt der notwendigen Befreiungsbewegung, der notwendigen sozialen Revolution darstellen. Diese Gesellschaftsklasse ist mehr als je das moderne Proletariat. Ausserhalb des eigentlichen Arbeitsprozesses kann das Grundübel der modernen Gesellschaft – die entfremdete Arbeit – nicht aufgehoben werden.

Nur jene revolutionäre Initiative, nur jener «Aktivismus», nur jener «Voluntarismus» ist deshalb vom Standpunkt des Sturzes der kapitalistischen Produktionsweise wirklich produktiv, der direkt oder indirekt das Selbstbewusstsein des Proletariats – seine Selbsterziehung zur Fähigkeit, die Gesellschaft tatsächlich umzugestalten – fordert. Damit sind wir wieder bei unserem Ausgangspunkt angelangt: Die zentrale Aufgabe revolutionärer Marxisten in den imperialistischen Ländern besteht darin, durch Erziehung, Propaganda, Agitation und Kampferfahrung immer breitere Schichten der Arbeiterklasse dazu zu bringen, für solche Forderungen zu kämpfen (Massenstreiks, Generalstreiks, Generalstreiks mit Fabrikbesetzungen zu entfalten), die nicht mehr in eine normal funktionierende kapitalistische

¹⁴ Siehe Marxens Kommentar über die Pflicht jeder Revolution zur Offensive. in : »Der Bürgerkrieg in Frankreich«; Lenins berühmter Passus über die «Kunst des Aufstands»; Rosa Luxemburgs Schluss ihres Aufsatzes über die russische Revolution («In dieser letzten Periode, in der wir vor entscheidenden Endkämpfen in der ganzen Welt stehen, war und ist das wichtigste Problem des Sozialismus geradezu die brennende Zeitfrage: nicht diese oder jene Detailfrage der Taktik, sondern: die Aktionsfähigkeit des Proletariats, die Tatkraft der Massen, der Wille zur Macht des Sozialismus überhaupt. In dieser Beziehung waren Lenin und Trotzki mit ihren Freunden die ersten, die dem Weltproletariat mit dem Beispiel vorangegangen sind, sie sind bis jetzt immer noch die einzigen, die mit Hutten ausrufen können: Ich hab's gewagt!«); Trotzki's «Lehren des Oktobers» usw.

Produktionsweise integrierbar sind. Nur so kann in einem industriell hochentwickelten kapitalistischen Land, bei einer der nächsten unvermeidlichen Wellen von Massenkämpfen, eine soziale Revolution tatsächlich auf die Tagesordnung kommen.

Die Krise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Krise der autoritären Betriebsstruktur

Eines der deutlichsten Indizien für die immer tiefere Krise, die die kapitalistischen Produktionsverhältnisse erschüttert, ist die wachsende Infragestellung der Unternehmerautorität in Betrieb und Gesamtwirtschaft. Die objektiven Gründe dafür sind offensichtlich: sie liegen gerade in dem Widerspruch zwischen der immer starker wachsenden objektiven Vergesellschaftung der Arbeit, dem sich steigenden Zwang zur objektiven Kooperation zwischen Individuen, Betrieben, Betriebszweigen, Nationen, ja Kontinenten, und dem erbitterten Versuch, diesen riesigen Komplex weiterhin im Griff von Privatinitiative, Privateigentum und Privatprofit zu halten .

Mehr und mehr Industriezweige leben nur noch von Staatsaufträgen. Mehr und mehr Forschungsprojekte werden unmittelbar von der Gesellschaft finanziert. Mehr und mehr Grossbetriebe werden nur durch riesige Subventionen vor dem Bankrott gerettet. Aber gleichzeitig weigert man sich hartnäckig, auszusprechen, was ist – nämlich dass die Anerkennung des unmittelbar gesellschaftlichen Charakters der Arbeit der ganzen Logik der zeitgenössischen Technik entspräche und es erlauben würde, unzählige Quellen von Vergeudung auszuschalten, riesige Mengen an Wirtschaftsressourcen (vor allem der wichtigsten Ressource: menschliche Arbeitszeit) einzusparen und die Arbeitsproduktivität einen neuen gewaltigen «Sprung nach vorn» machen zu lassen. Denn die Ausschaltung der individuellen Betriebsrentabilität zugunsten eines gesamtgesellschaftlichen Nutzeffektes würde es mit einem Schlag erlauben, solche Erscheinungen wie Umweltverschmutzung als das zu erkennen, was sie sind: «gesparte» Ressourcen oder «erhöhte Erträge» für einzelne Unternehmer auf Kosten vermehrter Ausgaben für die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.

Mit dem wachsenden Zwang zur objektiven Vergesellschaftung und Koordinierung der Arbeit wächst die Kritik an dem Versuch, die gesellschaftliche Arbeit weiterhin der tyrannischen Kontrolle von wenigen zu unterwerfen. Nichts von dem, was wir sind, haben wir ausschliesslich oder hauptsächlich uns selber zu verdanken. Auch der genialste Erfinder, Forscher, Wissenschaftler konnte nicht erreichen, was er erreicht hat, hätten nicht Hunderttausende von Arbeitern die Laboratorien, Räume, Maschinen, Apparate geschaffen, ihm durch den aus ihnen herausgepressten Mehrwert die notwendige Freizeit gegeben, durch den von ihnen geschaffenen und in Betrieb gehaltenen Gesamtkomplex der Wirtschaft die ihn anstachelnden gesellschaftlichen Bedürfnisse hervorgerufen, hätten nicht Tausende und Abertausende von anderen Erfindern, Forschern, Wissenschaftlern die notwendige geistige Vorarbeit geleistet.

Jeder von uns kann seine privaten Talente nur als Teil des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens verwirklichen. Aber dieses gesellschaftliche Arbeitsvermögen ist kein freies Vermögen frei assoziierter Produzenten, sondern es steht unter der zentralisierten Kommandogewalt einer pyramidenförmig aufgebauten Hierarchie, wo es wie in der Armee Fussvolk, Unteroffiziere, Offiziere und einen kleinen Generalstab gibt, der nicht etwa demokratisch gewählt und jederzeit durch die Masse der Schaffenden absetzbar ist – dass er es durch die Masse der Aktionäre wäre, ist schon längst als Fiktion erkannt! –, sondern aufgrund des Kapitalverhältnisses immer wieder reproduziert wird.¹⁵

¹⁵ Die Anklage, die Marx und die Marxisten gegen den Kapitalismus erheben, ist also keineswegs, dass dieser »Zuviel den Individualismus« entfalte, sondern umgekehrt jener, dass die Aufspaltung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in unabhängig voneinander betriebene Privatarbeiten, in Privateigentum und Konkurrenz,

Im Betrieb wie im Konzern (um vom Finanzwesen schon ganz zu schweigen) gelten nicht die schönen Prinzipien des «Pluralismus», die die Apolegeten der «freien Marktwirtschaft» so eifrig auf dem Ideenmarkt anbieten. Hier herrschen vielmehr die Prinzipien: Geheimhaltung anstelle von Öffentlichkeit (denn «der Feind [d. h. der Konkurrent] hört mit»); Gehorsam anstelle von Selbstbestimmung; Unterdrückung anstelle von Freiheit. Und hier ist tatsächlich die Achillesferse des Spätkapitalismus: denn je mehr die Arbeit objektiv vergesellschaftet wird, je mehr die Produktionskräfte wachsen, je mehr der Mangel schwindet, je höher der Bildungsstand und der durchschnittliche Qualifikationsgrad der Lohnabhängigen wird, um so unerträglicher muss dieser unmittelbare Aspekt der «Subsumtion der Arbeit unter das Kapital» dem einzelnen erscheinen.

Die tiefere Ursache des französischen Mai, des italienischen «heissen Herbstes und Winters» 1969/70, der Welle «wilder Streiks», die über Europa geht, liegt hier und nirgendwo anders. Sie liegt nicht in der Forderung nach höherem Lohn und schon ganz und gar nicht in einem Aufbegehren gegen die «Konsumgesellschaft» (es ist zumindest geschmacklos von sich für «revolutionär» haltenden Akademikern oder Studenten, den Arbeitern zu erklären, sie konsumierten zu viel; diese Aufgabe erfüllen nicht ohne Erfolg die kapitalistischen Unternehmer). Sie liegt in der schleichenden und langsam, aber sicher zutage tretenden *Revolte der Belegschaft gegen die Kommandogewalt des Kapitals über Maschine und Arbeiter*. Den Arbeitern klarzumachen, dass dies eine Revolte gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist, d. h. eine antikapitalistische Bewegung, und davon ausgehend die Forderung nach Arbeiterkontrolle aufzustellen, die zur Bildung von Arbeiterräten führen soll – d. h. zur Entstehung einer Doppelherrschaft, also einer revolutionären Situation –, das ist die zentrale Aufgabe revolutionärer Sozialisten, die die Strategie von Übergangsforderungen in Verbindung mit den periodischen Wellen grosser Massenstreiks verstanden haben .

Die konkreten Ausgangspunkte (und historischen Beispiele) dafür sind zahllos.¹⁶ Arbeiter fangen an, das Recht des Unternehmers, Betriebe zu schliessen, Maschinen anderswo hinschicken, Arbeiter zu entlassen, in Frage zu stellen (siehe den Fall der General Electric in Liverpool und mindestens zwei Dutzend Fälle von Betriebsbesetzungen in Frankreich, Belgien und Italien während der letzten Jahre). Arbeiter leugnen das Recht des Unternehmers, die Fließbandgeschwindigkeit selbst zu bestimmen bzw. zu erhöhen, und machen sie aus eigener Initiative wieder rückgängig (Pirelli/Mailand und Montedison/Porto Maghera, Italien). Arbeiter stellen das Recht des Unternehmers in Frage, zu bestimmen, was produziert werden soll und für wen es produziert werden soll (sogar aus den «stabilen» USA kommt das erstaunliche Beispiel des Protests der schwarzen Arbeiter des Konzerns *Polaroid* gegen die Herstellung und den Verkauf von Apparaten, die der südafrikanischen Regierung die Unterdrückung der afrikanischen Mehrheit erleichtern).

Gewiss macht eine Schwalbe noch keinen Sommer, und man sollte den Umfang des bisher Erreichten nicht überschätzen. Es handelt sich nur um die ersten bescheidenen Schritte auf einem Weg, der erst über viele Enttäuschungen und viele Misserfolge zum Ziel führen wird: nämlich zu erreichen, dass bei einer der kommenden Wellen von Massenstreiks die Arbeiter nicht wieder zur Arbeit zurückkehren als Gegenleistung für ein paar Prozent Lohnerhöhung, für diese oder jene Sozialreform, sondern die Fabriken besetzen, Streikkomitees wählen und diese Komitees mit der Kontrolle der laufenden Wirtschaftsvorgänge in Betrieb, Revier und Gesamtwirtschaftsorganen betrauen, d. h. objektiv eine revolutionäre Situation ins Leben rufen. Was an diesen ersten bescheidenen Beispielen so wichtig ist,

die Möglichkeit der Entfaltung der eigenen Persönlichkeit bei der grossen Masse der Produzenten verkrüppelt oder gar vernichtet.

¹⁶ Wir haben davon eine, bei weitem nicht vollständige, Übersicht gegeben in der Anthologie «Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung». Frankfurt 1971.

das ist die Tatsache, dass sie nicht etwa Produkte abstrakter Spekulationen oder historischer Reminiszenzen sind, sondern Zeichen einer anlaufenden Tendenz des durch die spezifische Problematik des Spätkapitalismus erweiterten Klassenkampfes selbst.

Zwei Einwände

Zwei Einwände werden oft in linken Kreisen gegen diese Strategie formuliert, die eine von rechts, die andere (scheinbar) von links. Die erste wirft uns vor, für eine den Arbeitern geläufige Formel – Mitbestimmung – eine «revolutionär klingende» und die «breiteren Massen abschreckende» Formel («Arbeiterkontrolle») zu verwenden. Man solle sich doch damit begnügen, «Mitbestimmung am Arbeitsplatz» zu fordern, schlägt uns Fritz Vilmar vor¹⁷, alles andere sei nur eine verbalradikale Ablenkung.

Bekanntlich sind die tatsächlichen Mitbestimmungsvorschläge des DGB, der SPD und der CDU von der Vilmarschen Formel («dass man Gesetze oder Kollektivverträge oder auch Ad-hoc-Entscheidungen erkämpft, durch die wichtige Entscheidungen des Managements von der Zustimmung der Arbeiter und ihrer Vertreter abhängig gemacht werden und diese ebenso auch selbst betriebliche Entscheidungen fordern können») weit entfernt. Diese tatsächlichen Mitbestimmungsvorschläge beinhalten die *Illusion* des Vetorechts über Unternehmer-Entscheidungen, verknüpft mit einer Reihe von Bestimmungen, die die Verteidigung der Interessen der Belegschaft gegen die Unternehmer scharf *einschränken*: Arbeitsfriedenspflicht; Pflicht zur Berücksichtigung der sogenannten «Betriebsinteressen»; «Geheimhaltungspflicht» usw.

Auch wenn ein gesetzlich verankertes Vetorecht bestünde, wäre es noch absolut abzulehnen, sich diese Bindungen auferlegen zu lassen und sich ihnen zu unterwerfen. Solange Hochkonjunktur herrscht, entsteht der Schein, als handle es sich nur um «Formalitäten». Kommen jedoch die mageren Jahre nach den fetten (so wie die mageren Jahre 1966/67 in der BRD), so entsteht sofort ein wachsender Konflikt zwischen Verteidigung der Klasseninteressen der Lohnabhängigen (z. B. Kampf gegen jede Entlassung!) und den gesetzlich verankerten «Betriebsinteressen». Der Unternehmer kann jederzeit beweisen, dass zur Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit des Betriebes die geplanten Entlassungen (oder Kurzarbeit) leider unumgänglich seien.

Die Betriebsräte stehen dann vor der Wahl, entweder die Gesetze oder die Klasseninteressen zu verletzen. Da nicht alle gleich wählen werden, leidet die Einheit und Kampfkraft der Gewerkschaftsorganisation in jedem Falle. Und wenn die Wahl – sehr oft – schlecht, d. h. im Sinne des Gesetzes und gegen die Klasseninteressen der Belegschaft, ausgeht, so werden Klassensolidarität und Gewerkschaftsorganisation bedeutend geschwächt.

Diese Schwächung geschieht nicht etwa im Tausch gegen wirkliche zusätzliche *Rechte*, sondern im Tausch gegen ein Linsengericht. Denn sogar paritätische Mitbestimmung gibt den Belegschaftsvertretern keine *praktische* Möglichkeit, ein tatsächliches Vetorecht gegen wichtige strategische Entscheidungen der Unternehmer auszuüben (in Fragen der «Sozialzulagen» ist dies natürlich nicht notwendigerweise der Fall; aber diese sind eben keine strategischen Entscheidungen für das Schicksal des Betriebs oder des Konzerns).

Einmal fehlen ihnen dafür die nötigen Unterlagen. Diese könnten sie nur erhalten durch vollständige Öffnung der Geschäftsbücher und -korrespondenz, durch Aufhebung des Bankgeheimnisses und durch Kontrolle der Buchhaltung in der Werkstatt selbst, um die zahllosen frisierten oder

¹⁷ Fritz Vilmar, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, März 1970 – Frankfurter Rundschau, 9. Mai 1970 – Konkret, 22. November 1970.

unterschlagenen Daten richtigstellen zu können¹⁸. Andererseits fehlt ihnen dazu die tatsächliche gesellschaftliche Macht. In einer kapitalistischen Gesellschaft funktioniert die gesamte Wirtschaft unter dem Stachel des Profitstrebens. Strategische Unternehmerentscheidungen werden von demselben Streben bestimmt. Belegschaftsvertreter können das weder legitimieren, ohne ihre eigenen Interessen mit Füßen zu treten, noch neutralisieren – es sei denn, es kommt zu einer mächtigen Kampfmobilisierung der Lohnabhängigen gegen diese Unternehmerentscheidungen. Diese Mobilisierung kann jedoch nicht zustande kommen, wenn die Belegschaftsvertreter in den Aufsichtsräten an ihre «Schweigepflicht» gegenüber ihren eigenen Wählern und Mitgliedern gebunden bleiben, oder sie wird wenigstens dadurch bedeutend erschwert. Es handelt sich demnach keineswegs um einen reinen Wortstreit zwischen den Befürwortern der «Mitbestimmung am Arbeitsplatz» und jenen der «Arbeiterkontrolle». Der tatsächliche *Inhalt* der Meinungsverschiedenheit lässt sich in folgenden fünf Forderungen zusammenfassen:

1. Keinerlei Unterschrift unter bindende Verpflichtungen, das «Betriebsinteresse» zu wahren. Für klassenbewusste Werktätige gilt die Regel: *Nicht Betriebsrentabilität, sondern Klassensolidarität*. Und zwischen beiden besteht in einer Marktwirtschaft ein *unvermeidlicher* Widerspruch. Entweder solidarisieren sich die Belegschaftsvertreter mit «ihrem» Unternehmen – erst gegen Arbeiter anderer Unternehmen und schliesslich auch gegen zumindest einen Teil der eigenen Belegschaft; oder sie setzen sich über sämtliche «Betriebs»-, d. h. Konkurrenzinteressen hinweg zur Aufrechterhaltung der Klassensolidarität aller Lohnabhängigen.
2. Nur Vetorecht gegen Unternehmerentscheidungen; keinerlei Mitverantwortung bei der Betriebsverwaltung, die im Kapitalismus dazu *verurteilt* ist, unter dem Druck der Konkurrenz mit den Interessen der Belegschaften zusammenzuprallen.
3. Völlige Öffentlichkeit der Verhandlungen in den Aufsichtsräten, d. h. offene Berichterstattung der Arbeitervertreter in Belegschaftsvollversammlungen am Arbeitsplatz und während der Arbeitszeit über alle geführten Verhandlungen, alle aufgedeckten Daten. Sonst werden die Belegschaftsvertreter in eine Situation hineinmanövriert, in der sie sich in Vertreter der «Betriebsinteressen» gegen ihre Wähler verwandeln würden.
4. Systematische Weigerung, die Unterlagen der Unternehmer als wahrheitsgetreu anzunehmen und als «Argumente» für diese oder jene Entscheidung zu behandeln, die den Interessen der Lohnabhängigen zuwiderläuft. Systematische Forderung nach Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses und des Bankgeheimnisses und systematische Propaganda in diesem Sinne.
5. Konzentration des unmittelbaren Kampfes auf Errichtung eines *de facto* verankerten Vetorechts der Belegschaften gegen jede Beschleunigung des Fließbandes, gegen jede Änderung der Arbeitsorganisation oder der Lohnabrechnung, die den Interessen der Werktätigen nicht entspricht und die Ausbeutung intensiviert, gegen jede Entlassung, gegen jede Vergrößerung des Lohngefälles zwischen Lohnabhängigen desselben Betriebes usw.

Sollte man diese fünf Forderungen mit «Mitbestimmung am Arbeitsplatz» umschreiben, dann wäre es natürlich sinnlos, sich um Worte zu streiten. Aber dann bliebe noch die zusätzliche Schwierigkeit,

¹⁸ Siehe z. B. die Erklärung des berühmten amerikanischen Rechtsanwalts und Konsumentenverteidigers Ralph Nader, in einem Interview mit der Londoner Sunday Times (28. Februar 1971): «Corporations lie everywhere. They lie about the amount of research they're doing and not doing. They lie about the value of their property when they pay property taxes. It's just part of the overall system. There was an article written in the Harvard Business Review, which basically said that lying and cheating is institutionally functional. For one couldn't have the system operate any other way.»

den offiziellen DGB-Vorschlägen diesen Inhalt zu geben und nicht jenen, den sie heute haben. Solange diese Schwierigkeit nicht gelöst ist, würde es nur zusätzliche Verwirrung stiften, denselben Begriff für *diametral entgegengesetzte* Projekte zu benützen.

Denn es ist natürlich kein Zufall, dass die DGB-Vorschläge (um von denen der SPD schon ganz zu schweigen) unter den gegebenen Bedingungen diesen Inhalt nicht besitzen. Sie gehen aus von gesellschaftlichen Kräften, die zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen *vermitteln und versöhnen*, nicht die Verteidigung der Klasseninteressen der Lohnabhängigen gegen jene der Unternehmer in die Betriebsorganisation hineinbringen wollen. Vom Gesichtspunkt der *Klassenzusammenarbeit* kommt man zum Konzept der Mitbestimmung; vom Gesichtspunkt des *Klassenkampfes* kommt man zum Konzept der Arbeiterkontrolle. Diese Begriffe unterschiedslos zu benützen, heisst den Eindruck schaffen, als gäbe es «eigentlich» keinen Unterschied zwischen *Klassenzusammenarbeit* und *Klassenkampf*.

Kommt die Vilmarsche Kritik von «rechts», so kommt die Kritik gewisser Studentenkreise und «Nachfolgeorganisationen» des SDS (scheinbar) von links: Arbeiterkontrolle ist nicht zu verwirklichen ohne Sturz des bürgerlichen Staates; der Sturz des bürgerlichen Staates ist nicht zu verwirklichen ohne revolutionäre Situation und ohne revolutionäre Partei (manche fügen hinzu: ohne bewaffnete Zerschlagung des bürgerlichen Repressionsapparats) .

Putscht man die Arbeiter leichtfertig zu Kämpfen für die Arbeiterkontrolle auf, ohne ihnen das alles zu verdeutlichen und ohne sie eindeutig vor diesen Hindernissen zu warnen, so führt man sie zu schweren Niederlagen und noch schwereren Enttäuschungen.

Der Hauptfehler der so argumentierenden Genossen besteht darin – man verzeihe uns das Wortspiel –, eine chinesische Mauer zwischen «nichtrevolutionärer» und «revolutionärer» Lage, zwischen «Tagesforderungen, für welche man in nichtrevolutionären», und «Übergangsforderungen, für welche man nur in revolutionären Zeiten» kämpfen könne, zu errichten. Wir wissen, dass sie über dieses unser Urteil sehr böse sein werden: aber letzten Endes laufen alle diese scholastisch-schematischen Unterscheidungen nur auf die gute alte «bewährte Taktik» der Vorkriegssozialdemokratie hinaus, d. h. auf die reformistisch-revisionistische Praxis, sich bei *Arbeiterkämpfen* auf Sofortlösungen zu beschränken und das Privileg der Verteidigung «höherer Interessen» der abstrakt-literarischen Propaganda zu überlassen.

Alle Revisionisten haben sich immer für die fein säuberliche Unterscheidung von «ökonomischen Streiks» und «politischen Streiks», «möglichen» und «unrealistischen» Forderungen in jedem dieser Fälle begeistert: von Kautskys Polemik gegen Rosas Massenstreikpropaganda bis zu Waldeck-Rochets Polemik gegen die Revolutionäre des französischen Mai läuft eine nunmehr 60 Jahre alte gerade Linie. Diese formalistische Argumentation schaltet aus der Analyse und aus der Strategie gerade das entscheidende Moment aus, nämlich jenes der *Bewegung*. Denn alle diejenigen, die verstanden haben, dass es im Zeitalter des Imperialismus, der «Aktualität der Revolution», einfach nicht mehr genügt, «zu warten», bis die revolutionäre Situation einem wie eine gebratene Taube in den Mund fällt, haben inzwischen gelernt, dass es vor allem gilt, zu bestimmen, wie man durch bewusstes Handeln den *Übergang* von der «nichtrevolutionären» zur vorrevolutionären Situation, von den «rein ökonomischen» zu den objektiv politischen Massenstreiks, vom rein gewerkschaftlichen zum sozialistischen Klassenbewusstsein fördern und beschleunigen kann. Und um dieses Problem zu lösen, helfen die scholastischen Tüfteleien, was unter diesen Bedingungen «unrealistisch» und was unter jenen Bedingungen «halbrealistisch» sei, keinen Schritt vorwärts.

Gewiss muss man den objektiven und den subjektiven Kräfteverhältnissen Rechnung tragen, um Forderungen zu formulieren. Aber «Rechnung tragen» heisst weder, diese Kräfteverhältnisse als statisch zu betrachten, noch vor ihnen auf die Knie zu fallen.

Man muss von den allgemeinen, langfristigen Entwicklungstendenzen ausgehen, so wie diese sich international bereits klar und deutlich bestätigt haben. Man muss aufgrund der Analyse der objektiven Widersprüche des Spätkapitalismus aus diesen Entwicklungstendenzen gewisse allgemeine Perspektiven für das Verhalten der Arbeiterklasse in der Zukunft ableiten. Erst wenn dies geleistet ist, kann man spezifisch nationale Besonderheiten dieses oder jenes imperialistischen Landes berücksichtigen; es besteht kein Grund, von vornherein anzunehmen, die westdeutsche Arbeiterklasse werde sich in den nächsten 10 bis 15 Jahren grundlegend anders verhalten als etwa jene Grossbritanniens (oder Belgiens, oder Frankreichs und Italiens). Und ist diese Analyse konkretisiert, sind die «schwachen Glieder» des westdeutschen Imperialismus, seiner Wirtschaft und Gesellschaft, blossgelegt, dann wird die Frage, unter welchen Bedingungen eine «nichtrevolutionäre» in eine «vorrevolutionäre» Lage verwandelt werden kann, auch viel konkreter, und dann wird das gemeinplätzig Falsche an Formeln wie «Mit der Propaganda für Arbeiterkontrolle muss man warten bis zum Tage X oder Q oder gar J» offensichtlich.

Ob Massenstreiks «rein ökonomisch» bleiben oder objektiv politisch werden hängt u. a. entscheidend vom Bewusstsein der fortgeschrittenen Arbeiter (der «informellen Führungsgremien» der Belegschaften), von der relativen Stärke oder Schwäche einer revolutionären Vorhutorganisation, von dem gegebenen Grad des politischen Interesses und der Schulung auch breiterer Massen ab. Und dass eine erfolgreiche langfristige Propaganda und punktuell ansetzende Agitation für Arbeiterkontrolle alle diese Faktoren ändern kann, scheint offensichtlich.

Ob das Klassenbewusstsein «rein gewerkschaftlich» oder «halbsozialistisch» ist, hängt u. a. auch davon ab, ob es gelingt, wichtige Schichten der Arbeiterschaft aus dem falschen Dilemma – «entweder scharfmacherischer Unternehmer- und Obrigkeitsstaat oder sozialdemokratische Klassenversöhnung und Mitbestimmung» - herauszubrechen. Und eine sich allmählich ausdehnende und wachsenden Widerhall findende Kampagne für die Arbeiterkontrolle (Kampagne von Propaganda, Erziehung und Aufklärung und ansetzende praktische Kampferfahrung) die Durchbrechung dieses Dilemmas, in dem die grosse Mehrheit der westdeutschen Arbeiterschaft bis heute noch gefangen bleibt, entscheidend erleichtern.

Gesamtgesellschaftliche revolutionäre Praxis

Eines der Hauptmerkmale einer Gesellschaft, die ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt hat und reif ist, ersetzt zu werden, liegt u.a. darin, dass nicht nur die revolutionäre(n) Klasse(n), die die entscheidende Rolle bei der Schaffung einer höheren Gesellschaftsordnung spielen werden, sondern die meisten Gesellschaftsschichten überhaupt vom Fortbestehen der alten Gesellschaft sich nichts Fortschrittliches mehr versprechen. Die revolutionäre Klasse – in nichtrevolutionären Zeiten vor allem durch die Vermittlung ihrer politisch aktiven Minderheit, der revolutionären Vorhutorganisation – wird so zum *natürlichen Zentralisator sämtlicher fortschrittlichen Forderungen der Gesellschaft überhaupt*.

Es schien lange Zeit, als würde diese Rolle, die das revolutionäre Bürgertum am Anfang des 19. Jahrhunderts so klassisch erfüllt hat, sich im Falle des Proletariats nicht wiederholen. Wohl hat das Proletariat im Falle der Revolution in relativ unterentwickelten Ländern die Chance, ein Bündnis mit der armen Bauernschaft dadurch zu errichten, dass es sich zum Sprecher der ohne die Machteroberung durch das Proletariat nicht mehr zu verwirklichenden historischen Ziele der bürgerlich-demokratischen Revolution (Agrarrevolution, nationale Befreiung) macht. Gilt es aber, zu der Einlösung rein sozialistischer Ziele überzugehen, so schrumpft dieses Bündnis auf jenes mit den

halbproletarischen und proletarischen Schichten auf dem Land zusammen, und man kann höchstens hoffen, einen Teil der ärmeren selbständig wirtschaftenden Bauernschichten zu neutralisieren und in langwierigen Auseinandersetzungen ökonomisch für den Sozialismus zu gewinnen. Was die imperialistischen Länder des Westens angeht, so schien es in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und noch mehr in der Zeit des Kalten Krieges, als würden alle «Zwischenschichten» beinahe geschlossen eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft ablehnen. Zwanzig Jahre sind inzwischen vergangen, und die Lage beginnt sich viel günstiger zu entwickeln, als man es in der Zeit nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg hatte hoffen können. Die Studentenrevolte, die alle imperialistischen Länder erfasst und einige von ihnen erschüttert hat, ist nur Zeichen kommender Entwicklungen. Mehr und mehr Indizien deuten darauf hin, dass beinahe alle Schichten der nichtmanuellen Lohnabhängigen für eine globale Infragestellung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse reif werden. Die Ironie dieser Entwicklung liegt darin, dass kommunistische Parteien wie jene Frankreichs, die jahrelang ihre gesamte Taktik auf «das Bündnis mit den Mittelschichten» eingestellt hatten und damit die grundlegend *konservativen* selbständig Wirtschaftenden meinten (Bauern, Kleinhändler usw.), deren wirtschaftliche Sofortinteressen oft mit denen der Arbeiterschaft unmittelbar kollidieren, die Möglichkeit der Integration dieser potentiell *revolutionären* lohnabhängigen Schichten in einen gemeinsamen Kampf für den Sozialismus wegen ihres eigenen Konservatismus verpassen.

Die Gründe, die diese Wandlung der Haltung der «Zwischenschichten» – und namentlich der geistig Schaffenden, der Lehrer, der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten, der Angestellten, ja sogar vieler Techniker und Ingenieure – bestimmen, sind jenen, die die Studentenrevolte gesellschaftlich erklären, sehr ähnlich: wachsende Industrialisierung sämtlicher nichtindustriellen Wirtschaftsprozesse und Überbau-Aktivitäten, wachsende Proletarisierung der in diesen Bereichen Beschäftigten, damit verknüpft wachsendes Bewusstsein der eigenen Entfremdung, wachsende Sensibilität für die irrationalen und unmenschlichen Aspekte des Spätkapitalismus, wenn nicht wachsende Ablehnung des Spätkapitalismus überhaupt. Gewiss ist dies kein einheitlicher Prozess, und gewiss sind einige Schichten durch ihre objektive Funktion als unmittelbare Handlanger der kapitalistischen Ausbeutung weiterhin zur innerlichen Identifizierung mit der bestehenden Gesellschaftsordnung verurteilt. Auch handelt es sich um eine ansetzende *Tendenz*, die z. B. in Frankreich und Italien (was Lehrer, Angestellte der öffentlichen Dienste und Wissenschaftler angeht) viel weiter fortgeschritten ist als in Grossbritannien oder in der BRD. Aber wiederum ist es wichtig, die allgemein historische Tendenz zu erkennen, die in Richtung einer wachsenden sozialökonomischen *Homogenisierung* der lohnabhängigen Massen geht und nicht – wie zahllose bürgerliche und pseudo-marxistische Soziologen behaupten – in Richtung ihrer wachsenden *Differenzierung*.

Diese potentielle Eingliederung einer wachsenden Zahl gesellschaftlicher Schichten in eine gemeinsame antikapitalistische Front wirft eine Reihe strategischer und taktischer Probleme auf, die erst heute in ihren Ansätzen deutlich werden, deren schrittweise Lösung aber notwendig ist, nicht nur zur Ausarbeitung einer den spätkapitalistischen Verhältnissen entsprechenden wirksamen sozialistischen Strategie, sondern auch zum Aufbau einer adäquaten revolutionären Organisation.

Es ist durchaus möglich, dass sich antikapitalistisches Bewusstsein und Bereitschaft zum antikapitalistischen Handeln in gewissen Kreisen der Intelligenz und der Studentenschaft, ja sogar in anderen Gesellschaftsschichten früher in breiterer Form manifestierten als in der eigentlichen Industriearbeiterschaft. Dies sollte uns nicht erstaunen, denn das hat sich in der Vergangenheit bereits mehrere Male in spezifischen Situationen bewahrheitet. Aus der Tatsache, dass die Arbeiterklasse die einzige Gesellschaftsklasse darstellt, die historisch fähig ist, den Kapitalismus erfolgreich bis zum Ende zu bekämpfen, folgt keineswegs, dass sie dazu immer und überall fähig, und

noch weniger, dass sie sich dessen immer und überall bewusst ist. In einigen besonderen Situationen (die etwa die BRD in den Jahren 1967/68 und die USA auch noch heute kennzeichnen) wäre es völlig unangebracht, den wirklichen antikapitalistischen Massenbewegungen bewusst den Rücken zuzukehren unter dem Vorwand, die Arbeiterklasse beteilige sich (noch) nicht massenhaft an ihnen. Es gilt, diese Massenbewegungen konsequent vorwärtszutreiben und so wirksam wie möglich zu beeinflussen und zu unterstützen, nicht nur um die Gelegenheit zur Herausbildung zahlreicher revolutionärer Kader nicht zu verpassen, sondern auch um die exemplarische Natur dieser revolutionären Dynamik als wichtiges, ja unerlässliches pädagogisches Instrument zur Wiederbelebung der politischen Arbeiterbewegung selbst zu nutzen und um die objektive Schwächung der bürgerlichen Gesellschaft durch diese Massenbewegung zu erweitern.

Eine solche Unterstützung, marxistische Beeinflussung und antikapitalistische Ausrichtung dieser fortschrittlichen Massenbewegung, die nicht in der eigentlichen Industriearbeiterschaft entsteht, ist nur möglich, wenn ihre relative Eigenständigkeit anerkannt und der Stellenwert der ihr entsprechenden programmatischen Forderungen und spezifischen Kampfformen bestimmt wird, d. h. wenn man sie nicht in das Prokrustesbett angeblich «nur demokratisch-kleinbürgerlicher Bewegungen» hineinzwängt. Alle diese Massenbewegungen werfen eine gesellschaftliche Problematik auf, die die kapitalistische Produktionsweise und die kapitalistischen Produktionsverhältnisse ernsthaft gefährdet, zusätzliche Krisenherde für den bürgerlichen Staat schafft und sich keineswegs auf einen «antimonopolistischen» Kampf beschränkt.

Wenn Studenten nicht nur die autoritäre Form, sondern auch den entfremdenden – dem Profitstreben der Grosskonzerne unterworfenen – Inhalt des Hochschulunterrichts angreifen und Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der Hochschule fordern; wenn Frauen kostenlose, Tag und Nacht zugängliche Säuglingsheime und Kindergärten fordern wie in der USA-Frauenbewegung; wenn Verbraucher gegen die ständige Vernachlässigung und Verteuerung der öffentlichen Stadt- und Nahverkehrsmittel protestieren und Nulltarif fordern (wie in Paris und in den «Roter-Punkt»-Aktionen der BRD); wenn sozialistische Ärzte oder sozialistisches Gesundheitspersonal den Skandal der kommerzialisierten Medizin anprangern und für das Prinzip der Bedürfnisdeckung im Gesundheitswesen kämpfen; wenn gegen Bodenspekulation und Mietwucher nicht mehr nur mit Forderungen nach Lohnanpassungen, sondern mit der Forderung der Vergesellschaftung des Baulandes vorgegangen wird: dann breitet sich sozialistisches, antikapitalistisches Bewusstsein in immer breiteren Schichten aus und wird die Stabilität und Kontinuität der bürgerlichen Gesellschaft in wachsender Masse gefährdet. Denn die eben aufgezählten Beispiele treffen ausnahmslos Wesensmerkmale der auf verallgemeinerter Warenproduktion und Verdinglichung aller menschlichen Beziehungen aufgebauten bürgerlichen Gesellschaft.

Gewiss lassen sich diese Forderungen «auf die Dauer» nicht verwirklichen ohne Sturz der kapitalistischen Produktionsweise, d.h. ohne revolutionäre Massenmobilisierung der Arbeiterklasse. Aber damit hat man noch nichts gesagt über den *Beitrag*, den der Kampf um solche Übergangsforderungen gerade für die Vorbereitung einer solchen Mobilisierung spielen kann. Für Lenin war es das A und O revolutionärer Politik, dass nur eine gesamtgesellschaftliche revolutionäre Praxis zum revolutionären Ziel führen kann, und sei es nur deshalb, weil das Proletariat kein *politisches* Klassenbewusstsein erringen kann, solange es sich nur mit seinen unmittelbaren Sorgen und Problemen beschäftigt, solange es die Dynamik und die Haltung *sämtlicher* Gesellschaftsklassen und -schichten nicht erfasst hat. Der «ideale» Zustand ist zweifellos der etwa von der westlichen Sozialdemokratie zwischen 1890 und 1910 erreichte, wo die grosse *politische* Aktivität der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen sie zum natürlichen Zentralisator aller dieser Massenbewegungen machte. Ist ein solcher Zustand jedoch noch nicht gegeben, dann wird man ihn sicher nicht dadurch herbeischaffen, dass man dieser Massenbewegung systematisch den Rücken

zukehrt und sich mit Gemeinplätzen, wie «Ihr könnt doch nichts erreichen, solange die Arbeiter nicht in Bewegung kommen»; «Absoluter Vorrang der Arbeit im proletarischen Milieu»; «Letzten Endes werdet ihr doch alle in die bürgerliche Gesellschaft integriert» usw., um die Aufgabe der *praktischen Lenkung* dieser Bewegungen in antikapitalistische Bahnen drückt. Eine solche Praxis kann nur den naturwüchsigen Ökonomismus der unbewussten Arbeiterklasse stärken und, anstatt einen Beitrag zu ihrer Politisierung zu liefern, dem Bürgertum und der Gewerkschaftsbürokratie helfen, die Arbeiter weiterhin zu entpolitisieren und ihre Aufmerksamkeit nur auf Butterbrotfragen zu konzentrieren.

Dies trifft umso mehr zu, als diese Massenbewegungen in Wirklichkeit Probleme aufwerfen, *die den aus der Entwicklung der Produktivkräfte selbst erwachsenden neuen Bedürfnissen für die breite Masse der werktätigen Bevölkerung entsprechen*. Es sind nicht nur Studenten, revolutionäre Intelligenz, Hausfrauen, sozialistische Ärzte, sondern ein wachsender Teil auch der Arbeiter selbst, die an der Lösung dieser Probleme interessiert sind, weil sie in wachsender Masse sich dieser neuen Bedürfnisse bewusst werden. Sobald das Studentenproblem nicht mehr als «Studentenproblem», sondern als eine besondere Form des allgemeinen Problems des Bildungssektors gesehen wird, gilt dies sogar für diesen – schwierigsten – Extremfall.

Hauptsache sind jedenfalls Massenaktion und Massenmobilisierung, um die Dynamik der Selbsttätigkeit und der kollektiven Aktivität zu entfalten. Dass dies Beispiele schafft, die die Arbeiter ansprechen, das hat die Übernahme bestimmter Kampfformen (Demonstrationsformen) der Studentenbewegung durch die «Wilden Streiks» überall in Europa (einschliesslich der BRD) eindeutig bewiesen.

Die internationale Dimension

Die Krise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse schlägt sich auch in den imperialistischen Ländern in der Krise des bürgerlichen Nationalstaats nieder. Wir haben andernorts¹⁹ die Ursachen und Erscheinungsformen dieser Krise analysiert. Die Produktivkräfte haben seit langem den engen Rahmen des Nationalstaats durchbrochen. Bei der heutigen Technik gibt es zahlreiche Produkte, die überhaupt nur rentabel hergestellt werden können, wenn es nicht mehr als eine Produktionsstätte für einen ganzen Kontinent gibt (bei gewissen kostspieligen und ziemlich selten verwendeten Arzneien ist sogar der Markt Nordamerikas zu eng geworden für eine rentable Produktionsserie auch nur einer einzigen Firma). Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals nimmt immer mehr internationalen Charakter an. Wir sind bei einer Epoche angelangt, in der die Beherrschung des Weltmarkts durch einige Dutzend multinationaler Konzerne eine realistische Perspektive bildet²⁰.

Die wachsende Internationalisierung des Kapitaleigentums und des Wirtschaftslebens überhaupt führt zwangsläufig zu einer wachsenden Internationalisierung des «objektiven» Klassenkampfes – und diesbezüglich hat die traditionelle Arbeiterbewegung genauso kläglich versagt wie im Verständnis (um nicht zu sagen in der Anwendung) der Strategie der Übergangsforderungen oder in der Beantwortung der neuen, aus dem Wachstum der Produktivkräfte selbst entstandenen Bedürfnisse. Die Unfähigkeit der Gewerkschaftsbürokratie und der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteiapparate, den internationalen Manövern des Grosskapitals eine tatsächliche internationale Solidarität der Lohnabhängigen entgegenzusetzen, hat bereits zahlreiche Streiks geschwächt, wenn nicht zur Niederlage verurteilt (französischer Bergarbeiterstreik; Limburger Bergarbeiterstreik in Belgien; britischer Seemannsstreik). Anfang 1971 mussten wir erleben, wie der britische Postangestelltenstreik eines bedeutsamen Teils seiner wirtschaftlichen Wirksamkeit

¹⁹ Ernest Mandel. Die E.W.G. und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt 1967.

²⁰ Siehe den etwas «sensationell» aufgezogenen Bericht von Robert Lattes, Tausend Milliarden Dollar. München 1970.

beraubt wurde, weil Millionen Poststücke durch private Vermittler aus England in irische, belgische, französische, niederländische Hafenstädte eingeschleust und dort von gewerkschaftlich organisierten Kollegen befördert wurden, ohne dass sich die betreffenden Gewerkschaften darüber Gedanken machten, dass sie offenen Streikbruch gegen über ihren britischen Kollegen begingen.

Überwindung der engen nationalstaatlichen Abkapselung der Lohnabhängigen und der revolutionären Intelligenz ist nicht nur aus Gründen der grösseren Wirksamkeit von Streikbewegungen – d.h. letzten Endes aus *defensiven* Gründen – notwendig. Sie hat auch *offensiv* eine wachsende Bedeutung. In der ansteigenden Welle antikapitalistischer Klassenkämpfe, die seit 1967/68 in Europa aufkommt, werden von bestimmten Teilen der Arbeiterschaft, der Studenten, der revolutionären Intelligenz in vielen Fällen radikale Experimente unternommen, sowohl was die Forderungen des Kampfes als auch was seine Organisationsform und die Wahl wirksamer Kampfmethoden betrifft, Experimente, die für das europäische Proletariat von grösster Bedeutung sind. die aber durch die nationale, regionale und manchmal sogar lokale Isolierung der kämpfenden Genossen nicht zur breiteren Vermittlung kommen. Während der Brüsseler Konferenz²¹ vom November 1970 für ein Rotes Europa wurde die Losung geprägt: *Es gilt, die ungleichmässige Entwicklung des Klassenbewusstseins in Europa in eine kombinierte Entwicklung zu verwandeln*. Es gilt, dafür zu sorgen, dass die von den bürgerlichen Massenmedien und von den bürokratischen Apparaten organisierte Parzellierung und Fragmentierung des Klassenbewusstseins systematisch durchbrochen wird und dass jede radikale Kampferfahrung der gesamten Arbeitervorhut, der gesamten Masse kämpferischer Arbeiter in europäischem Ausmass vermittelt werden kann. Dass diese nicht nur bewusstseinsmässig verarbeitet werden, sondern auch praktische Auswirkungen auf die radikalere Gestaltung späterer Kämpfe haben soll und wird, versteht sich von selbst.

Wir haben diesen Aspekt der internationalen Dimension, die jede sozialistische Strategie haben muss besonders in den Vordergrund gestellt, weil sie den unmittelbaren Erfahrungen und Kämpfen des europäischen Proletariats am eindeutigsten entspricht.

Aber sich auf diesen Aspekt der Internationalität sozialistischer Strategie zu beschränken, würde wiederum bedeuten, sich letzten Endes dem bestehenden (und offensichtlich ungenügenden) Stand des Klassenbewusstseins anzupassen, d. h. weder politisierend noch erzieherisch im Sinn einer Vorhut, sondern rein ökonomisch und nachhutartig zu wirken. Die radikale Studentenbewegung und die revolutionären Vorhutorganisationen haben sich grosse Verdienste erworben, indem sie die Aufgabe der Solidarität mit den Revolutionen in den Kolonien und Halbkolonien nicht nur aufklärerisch, sondern auch aktiv handelnd wieder auf die Tagesordnung der politischen Öffentlichkeit stellten. Das Versagen der Sozialdemokratie und der kommunistischen Parteien, ihren eigenen Traditionen (jener der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, jener der kommunistischen Parteien aus den zwanziger Jahren) auf diesem Gebiet treu zu bleiben, hat einen Leerraum entstehen lassen, der erfolgreich von der neuen Jugendavantgarde gefüllt wurde. Bestimmt ist es für manche «Exoten» eine Flucht vor der Pflicht, im eigenen Land und bei der eigenen Arbeiterklasse revolutionäres Bewusstsein zu fördern und eine revolutionäre Organisation aufzubauen, wenn sie sich ausschliesslich auf die Solidarität mit der vietnamesischen, kubanischen, palästinensischen, lateinamerikanischen usw. Revolution beschränken. Aber Verständnis für die Notwendigkeit einer solchen Solidarität unabhängig von der laufenden Routine der Klassenkämpfe im eigenen Land zu fordern, zeugt von Unverständnis für das wahre Wesen des revolutionären Marxismus im imperialistischen Zeitalter.

²¹ Am 21. und 22. November 1970 versammelte die Brüsseler Konferenz für ein Rotes Europa (für die Sozialistischen Vereinigten Staaten Europas) 3.500 Arbeiter, Studenten und Intellektuelle aller Länder Europas, einem Aufruf der IV. Internationale folgend.

Dies gilt nicht nur für die notwendige Solidarität mit den Befreiungskämpfen unterdrückter Völker. Es gilt auch für die nicht weniger notwendige Solidarität mit den antibürokratischen Kämpfen in den verbürokratisierten Arbeiterstaaten des Ostblocks. Es gilt ebenfalls für die in Zukunft immer bedeutsamere Koordination der Klassenkämpfe des europäischen mit jenen des japanischen und nordamerikanischen Proletariats. Aber alle diese Aufgaben können noch weniger dem zufälligen Auf und Ab der Massen- oder Vorhutspontaneität überlassen werden. Sie fordern eine internationale revolutionäre Vorhutorganisation, genauso wie die wirksame Ausarbeitung und Anwendung einer sozialistischen Strategie im nationalen Rahmen eine nationale revolutionäre Vorhutorganisation erfordert. Was nach einem Jahrhundert Erfahrung über die Organisationsfrage gesagt werden muss, haben wir bereits formuliert und möchten es deshalb hier nicht wiederholen²².

Frühling 1971

²² Ernest Mandel. Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewusstseins. in: Lenin. Revolution und Politik, Frankfurt 1970. Siehe online: <https://maulwuerfe.ch/?p=2007>